Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 163. Dienstag, den 16. Juli 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sozialisierung des Heeres.

Die Tatsache, daß militärische Vorgesetzte ihre Dienstgewalt nicht selten in gröblicher Weise gegenüber ihren Untergebenen mißbrauchen, ist unlösbar verknüpft mit dem bestehenden System des Militarismus. Allerdings geben die offiziellen Vertreter dieses Systems und die ihm huldigenden reaktionären Parteien den Zusammenhang nicht zu. Sie sind oder geberden sich im höchsten Grade „sittlich entrüstet", wenn jemand das System verantwortlich macht für die Soldatenmißhandlungen. Nach ihrer Behauptung ist das System ein durchaus gerechtes, vernünftiges und sittliches; sie verlangen, daß der Militarismus, das stehende Heer, als eine „Erziehungsanstalt" im besten und vollkommensten Sinne des Wortes respektiert werde; Ordnung, Sitte, Religion, Achtung vor der Autorität, Vaterlandsliebe sollen im stehenden Heere gepflegt werden; es gibt sogar Leute, die seiner „erzieherischen Aufgabe" eine weit höhere Bedeutung beimessen, als der Volksschule.

Die Erfahrung aber lehrt die Nutzlosigkeit des Bemühens, die Soldatenmißhandlungen hinzustellen als Erscheinungen, die mit dem System „gar nichts zu tun haben". Diese Erfahrung ist eine geradezu furchtbare. Sie hat die öffentliche Meinung, die Presse, den Reichstag nun schon Jahrzehnte hindurch beschäftigt. Wahre Ungeheuerlichkeiten, empörende Abscheulichkeiten, Akte bestialischer Roheit sind da zur Sprache gebracht worden vor aller Welt. Gingen, wie es in der Regel der Fall war, die von scharfer Kritik begleiteten Enthüllungen von der Sozialdemokratie aus, so ließen immer kriegsministerielle Vertreter mit Unterstützung reaktionärer Abgeordneter im Reichstage es sich angelegen sein, „festzustellen", daß es den Sozialdemokraten nur darum zu tun sei, „das Ansehen der Armee zu untergraben", die „Soldaten gegen ihre Vorgesetzten aufzuhetzen", die „Disziplin zu vernichten". Und immer ist dabei von „maßgebender" Stelle versichert worden, daß die Heeresverwaltung alles tue, was möglich, um Soldatenmißhandlungen zu verhindern und schuldige Vorgesetzte gebührend zur Verantwortung zu ziehen. Mehrfach hat auch Kaiser Wilhelm II. in Erlassen an den Kriegsminister die Soldatenmißhandlungen als „Ausschreitungen, welche das Interesse des Dienstes und das Ansehen der Armee schädigen", auf das schärfste verurteilt und verlangt, daß solche Ausschreitungen „auf das strengste bestraft werden". Und Prinz Georg von Sachsen beklagte in einem Erlaß die „vielfach zu Tage getretene raffinierte Soldatenquälerei" als einen Ausfluß von Roheit und Verwilderung, den man kaum für möglich gehalten hätte"; das sei ein „die Uniform beschimpfender Terrorismus", der schlimme Früchte zeitigen müsse.

Man hatte hie und da gehofft, daß solche Kundgebungen den Soldatenmißhandlungen „gründlich ein Ende machen" würden. Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Selbst die „entschiedene Willenserklärung des obersten Kriegsherrn", die Einsetzung seiner Autorität, fruchteten nichts; immer wieder forderten schwere Soldatenmißhandlungen die öffentliche Kritik heraus.

Sodann versprach man sich von der neuen Militärstrafprozeßordnung wenigstens eine erhebliche Minderung des Übels; man meinte, die Öffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen werde ein „Korrektiv gegen den Mißbrauch der Dienstgewalt" abgeben. Auch diese Erwartung hat sich als eine trügerische erwiesen. Nach wie vor vergeht fast kein Tag, an dem nicht über Soldatenmißhandlungen zu berichten ist. Und damit ist der schlagendste und überzeugendste Beweis geliefert, daß die Wurzel des Übels in dem bestehenden militärischen System liegt.

Ein gemeineres, niederträchtigeres Verbrechen kann es nicht geben, als Menschen, die durch ein drakonisches Zwangssystem im Banne der „Disziplin" zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sind, zu mißhandeln und zu quälen. Nichts widerstreitet mehr dem Begriff der Disziplin, der Humanität und Gerechtigkeit, als solche Betätigung der Dienstgewalt; sie ist eine echt anarchistische Auflehnung gegen den Geist echter Disziplin, der mit notwendiger Unterordnung die Achtung der Gebote der Menschlichkeit und Gerechtigkeit verbindet. Man bezeichnet den gesetzlich geregelten militärischen Dienst als eine „dem Vaterlande zu erfüllende Ehrenpflicht"; man nennt das stehende Heer das „Volk in Waffen" und man nimmt für das deutsche Volk das Zeugnis in Anspruch, „mit an der Spitze der Kultur zu stehen", ein „hoch gesittetes" Volk zu sein. Und trotzdem die Schmach der Soldatenmißhandlungen, die kein Ende nehmen will!

Diese Schmach wird in immer weiteren Kreisen als eine unerträgliche empfunden; immer mehr wird erkannt, daß unser stehendes Heer einen Gegensatz zu Volk und Volkstum bildet. In einer jetzt erschienenen Broschüre „Deutschlands Zukunft — die Nationaldemokratie" *) wird ausgeführt, daß es unserem Heere noch an sozialem Sinne und sozialem Empfinden fehle. Der Verfasser spricht von der Notwendigkeit der „Sozialisierung des Heeres." Er weist hin auf die Soldatenmißhandlungen und deren oft geradezu verblüffend milde Ahndung durch die Militärgerichte"; wohingegen Preßvergehen, politische Delikte aller Art, Beamtenbeleidigungen, in der Regel sehr hart bestraft werden, eine Tatsache, die uns wahrlich kein hohes Kulturniveau zuweise:

„Man kann Hunderte von jungen Männern, die des Königs Rock tragen, bis aufs Blut quälen, und die Strafe fällt noch nicht so schwer aus, als wenn man aus einem Bäckerladen ein paar Semmeln stiehlt. Ja, aber bei einer Beamtenbeleidigung steht die Autorität des Staates auf dem Spiele, bei dem Semmeldiebstahl die Unantastbarkeit des Eigentums! Und wird etwa bei einer Soldatenmißhandlung kein höheres, kein allgemeines Interesse geschädigt?"

Die Militärgerichte scheinen in der Regel ein solches Interesse nicht anzunehmen. Der Verfasser sagt:

„In jüngster Zeit ist wieder ein Unteroffizier zu drei Monaten, ein Wachtmeister zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Jener hatte über 300, dieser über 600 Mißhandlungen begangen . . . . . In beiden Fällen haben die Gerichte von der Degradation abgesehen, und zwar in dem einen Fall mit der seltsamen Begründung, daß der Unteroffizier nicht „aus Lust am Schinden", sondern „in guter Absicht" gehandelt habe. Und hier muß die Kritik einsetzen.

Der bestrafte Unteroffizier hat gewissermaßen vom Gericht eine Ehrenerklärung erhalten, seine Intentionen sind gelobt worden. Die Ablehnung der Degradation zeigt, daß das Gericht das Verhalten des Angeklagten nicht ehrenrührig findet, und wer diese Prozesse in der Presse verfolgt, der wird bald bemerken, daß fast niemals die Degradation ausgesprochen wird. Die Anschauung des Offizierkorps erblickt in der Mißhandlung nichts Ehrenrühriges.

Das ist nicht so unnatürlich, wie es auf den ersten Blick scheint, denn im deutschen, speziell aber im preußischen Heere besteht nun einmal die Tradition der Fuchtel."

Das alles ist von sozialdemokratischer Seite wer weiß wie oft gesagt worden.

Der Verfasser setzt nun seine Hoffnung auf den Kaiser, der nach den Anschauungen der Armee der „Quell der Ehre" ist. Er soll erklären: „Jede Mißhandlung ist in meinen Augen ehrenrührig, ich will in meiner Armee keinen Offizier dulden, der einer Mißhandlung überführt ist, und ich halte es auch Unteroffizieren gegenüber für selbstverständlich, daß in solchen Fällen stets auf Degradation erkannt wird."

Dadurch werde das Urteil der militärischen Vorgesetzten, die heute in einer Mißhandlung nur den „erzieherischen Wert, nicht die Brutalisierung eines Wehrlosen sehen," geklärt, ihr Empfinden geläutert werden:

„Wird der Kampf gegen die Mißhandlungen mechanisch wie bisher betrieben, so wird er erfolglos bleiben. Immer wieder werden die Minister den Parlamenten versichern, daß wir bald am Ziele seien, und immer wieder werden krasse, peinliche Fälle ihren Optimismus dementieren. Der Kampf muß psychologisch geführt werden; aus der Erkenntnis der Seele der Armee heraus, und dann wird er auch gelingen. Hier ist eine der nicht sehr zahlreichen Gelegenheiten, wo der Monarch — und nur er — segensreich wirken kann. Er hat die Macht, gewiß auch den guten Willen; nur fehlt es augenscheinlich den Ratgebern an der Einsicht in die Natur der Krankheit. Die Mißhandlung des Untergebenen muß als ein infamierendes Vergehen gebrandmarkt werden, oder sie wird nie aus der Armee verschwinden."

Letzterer Ansicht pflichten wir bei. Aber die Infamierung muß durch das Gesetz ausgesprochen werden; die Militärgerichte müssen gesetzlich verpflichtet werden, in jedem Falle von Soldatenmißhandlung auf Infamierung zu erkennen; in schweren Fällen sollte stets auf Zuchthausstrafe erkannt werden müssen. Schickt man den Zuhälter, der seine Dirne mißhandelt, ins Zuchthaus, weshalb nicht auch die Ausgeburt der Erbärmlichkeit, die in des „Königs Rock" Soldaten maltraitiert?! Hinzukommen muß eine gründliche Reform des ganzen militärischen Systems; der dem menschlichen Rechte und der Vernunft Hohn sprechende Zwang zum Kadavergehorsam muß aufhören; der unversöhnliche künstliche Gegensatz zwischen militärischer und bürgerlicher Ehre muß schwinden; die Überhebung des militärischen Geistes muß unmöglich gemacht werden; der seiner gesetzlichen Dienstpflicht genügende Staatsbürger muß die ihm gebührende Würdigung und Behandlung als Mensch und als Bürger erfahren.

So und nur so kann das erreicht werden, was unter wirklicher Sozialisierung des Heeres verstanden werden muß.

*) Verlag Friedrich Rothbarth. Leipzig.

Amerika und Japan.

In den letzten Tagen wird in der Presse die Frage eines etwaigen Krieges zwischen Amerika und Japan sehr lebhaft erörtert. Wenn auch in diesen Erörterungen sicherlich viel Sauregurkenzeit-Inspiration steckt, so hat die Angelegenheit doch zweifellos einen tiefen Untergrund — derselbe, welcher zum chinesisch-japanischen und zum russisch-japanischen Kriege führte: es ist das Expansionsbedürfnis Japans. Die „Leipz. Volksztg." bringt darüber folgende Mitteilungen:

Seit die Japanerhetzen in Kalifornien den Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in scharfer Form haben hervortreten lassen, haben die beunruhigenden Nachrichten über das Verhältnis beider Staaten nicht mehr aufgehört. Es wurde festgestellt, daß die japanischen Schiffahrtsgesellschaften die amerikanischen langsam, aber sicher aus dem Stillen Ozean hinausdrängen. Dann hieß es, die Vereinigten Staaten wollten die Subicbai auf der Philippineninsel Luzon zu einer Flotteninsel großen Stils ausgestalten. Weiter wurde gemeldet, alle bei den Befestigungswerken in Manila beschäftigten japanischen Arbeiter seien plötzlich entlassen worden, weil man unter ihnen als Spione tätige japanische Offiziere vermutete, und schließlich schlug in den letzten Tagen die Nachricht als eine politische Sensation ein: im nächsten Winter wollen die Vereinigten Staaten ein großes Geschwader aus dem Atlantischen in den Stillen Ozean werfen. Zu einer Übungsfahrt, wie es heißt, aber daß hinter dieser Übungsfahrt bitterer Ernst steckt, darüber ist man sich nicht nur in Washington und Tokio im klaren.

Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft, wie Goethe einst prophetisch den Stillen Ozean nannte, ist damit in eine neue Periode getreten, und es ist leicht möglich, daß die angekündigte Spazierfahrt des Union Jack mit Panzerschiffen und Schlachtkreuzern die Minen eines gewaltigen Weltkrieges, die im Stillen Ozean treiben, auffliegen läßt. Der Stille Ozean hat tatsächlich für die Weltwirtschaft und damit für die Weltpolitik dieselbe Bedeutung erlangt, wie einst das mittelländische Meer; wichtige Handelsstraßen ziehen sich durch ihn hin und Shanghai und Hongkong gehören zu den bedeutendsten Handelshäfen.

Daß der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan um den Stillen Ozean so rasch in ein akutes Stadium treten konnte, liegt an dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges. Rußland, das ohnehin wegen seines verhältnismäßig geringen ostasiatischen Handels eher für eine mögliche Aufteilung Chinas als für den Wettbewerb um den Stillen Ozean ernstlich in Frage kam, wurde aus der Konkurrenz ausgeschaltet. Japan dagegen sieht einer Entfaltung seiner Industrie entgegen, die zwar bei einem Staate mit noch mangelhafter industrieller Entwickelung und einer Schuldenlast von 4970 Millionen Mark nicht so groß ist, wie man allgemein annimmt, aber durch die Produktionsverbilligung, die die Erschließung der mandschurischen und koreanischen Getreidekammern herbeigeführt, doch gewaltig beflügelt wird. Für ein industrielles und kapitalistisches Japan ist aber die Herrschaft über den Stillen Ozean, die im Anfang etwa noch mit England zu teilen wäre, eine direkte Existenzfrage, denn nur mit ihr kann Japan seine weltgeschichtliche Rolle, die Industrialisierung des mongolischen Ostens, durchführen. Das ist die eine Seite.

Auf der andern Seite drängt der amerikanische Imperialismus ebenso gebieterisch nach einer Herrschaft über den Stillen Ozean. Die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten — von 1880 bis 1890 stieg die Ausfuhr um 22,2 Millionen, von 1890 bis 1900 um 536,6 Millionen Dollar! — zwingt zum Aufsuchen von Anlageplätzen für Kapital. Südamerika ist aus verschiedenen Ursachen für das Kapital der Vereinigten Staaten ein steiniges Feld. So ist Ostasien das nächstliegende Gebiet, und in der Tat haben in den letzten Jahren die Vereinigten Staaten ihren Handelsverkehr mit Ostasien gewaltig gesteigert und mit der Souveränität über Hawaii und der Eroberung der Philippinen Stützpunkte für den Kampf um den Stillen Ozean geschaffen. Ob sie allerdings ein Interesse daran haben, jetzt den Kampf zu entfesseln, dürfte zweifelhaft sein. Aber wenn durch die Vollendung

des Panamakanals die Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Häfen der Union hergestellt ist und die Philippinen hinreichend befestigt sind, wird Amerika keinen Augenblick mehr zögern. Eine andere Frage ist, ob Japan so lange warten wird, und wenn man sich sein Vorgehen gegen Rußland vergegenwärtigt, ist diese Frage leicht zu beantworten.

* * *

Über die Haltung Deutschlands zu dem japanisch-amerikanischen Konflikt haben sich die deutschen Zeitungen gleichfalls ausgelassen. Die Offiziösen behaupten, daß Deutschland keinerlei Interesse an dem Streit habe und völlig abwartend beiseite stehen könne. So einfach ist aber die Sache keineswegs, es sei denn, Deutschland wolle auf Kiautschou ohne weiteres verzichten. Über die Rolle Deutschlands in der ostasiatischen Frage hat sich dieser Tage der Direktor der bedeutendsten japanischen Schiffahrtsgesellschaft ausgesprochen:

„Wir erkennen die Deutschen nicht als ein Element an, das zur Lösung der Zukungsfragen Chinas beitragen könnte. Sie mögen in ihrem kaufmännischen Wettbewerb mit den Engländern einigen Erfolg haben, das ist wahr; aber es ist für sie direkt unmöglich, die Japaner auf eigenem Grund und Boden zu überholen. Die Japaner, die den Deutschen, was Erziehung und Veranlagung angeht, in keiner Weise nachstehen, haben den großen Vorteil vor diesem Rivalen, daß ihr Land neben China liegt und ihre Arbeit ihrer Billigkeit wegen bekannt ist. Kurz, die Deutschen werden in den Angelegenheiten Chinas nur die Rolle einer zweitklassigen Macht spielen und können in diesem Kampfe absolut nicht mit den Japanern konkurrieren."

Kurz, mit dem Augenblick, da der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft in das Stadium der offenen Feindseligkeiten zwischen den zwei zunächst beteiligten Mächten, den Vereinigten Staaten und Japan eintritt, wird sich Deutschland an seinem vielgerühmten Platze an der Sonne, Kiautschou, nur mehr die Finger ekelhaft verbrennen können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Dreiklassenwahlunrecht.

Über die Aussichten auf eine preußische Wahlreform sagt Oertels Leibblatt:

„Daß neben diesem Überfluß an Beratungsstoff noch die Frage einer Wahlreform den preußischen Landtag schon im kommenden Winter beschäftigen könnte, glaubt wohl im Herzen niemand mehr. Wir möchten annehmen, daß überhaupt kein preußischer Staatsmann so bald ohne Nötigung das heiße Eisen einer solchen Reform anfassen wird: und ob die sächsischen Vorgänge dazu reizen werden, die staatspolitische Weisheit des quieta non movere auf diesem Gebiet außer acht zu lassen, kann man wohl einstweilen bezweifeln. Man soll das Prophezeien in der Politik möglichst vermeiden. Aber daß dieser Landtag noch in die Lage kommen könnte, positive Arbeit in dieser Frage zu leisten, halten wir für ausgeschlossen, und was etwa nachher geschieht, darüber liegt kein Anlaß vor, sich jetzt schon in Kombinationen und Sorgen zu verzehren.

Herr v. Soden telegraphierte, wie kürzlich in München wieder ausgegraben wurde, einmal nach Berlin: „Alles ruhig, nur nicht Eugen Wolff." In den letzten Wochen hätte man oft genug von Berlin aus telegraphieren können: „Alles ruhig, nur nicht die linksstehende Presse. Vielleicht sieht sie jetzt doch ein, daß es zurzeit selbst im Haag interessanter zugeht als in Berlin: und daß zu ernsthaften politischen Diskussionen wohl kaum eher eine Nötigung vorliegen wird, als bis der erste Schnee gefallen ist."

Aller Hohn kann die Angst der Notleidenden, daß dem Unrechte des Dreiklassenwahlrechts zu leibe gegangen werde, nicht verbergen.

„Ohne Ideal."

Der „Vorwärts" quittiert für den Monat Juni über 127 000 Mk. an Parteibeiträgen. Die angeblich so arg materialistische, „jeden Ideals entbehrende" Sozialdemokratie wird deshalb den bürgerlichen Parteien wieder einmal als Muster an Opferwilligkeit und Opferfähigkeit vorgehalten. Die „Nationallib. Korr." sagt dazu:

„Wenn man erwägt, wie stark die „Genossen" noch anderweitig durch die Gewerkschaftsbeiträge, durch außerordentliche Zahlungen anläßlich der vielfachen Ausstände in Deutschland und durch Unterstützungen an die russische Sozialdemokratie in Anspruch genommen werden, so ist ihre Opferwilligkeit und Opferfähigkeit jedenfalls nicht gering einzuschätzen und muß immer von neuem den bürgerlichen Parteien als nachahmungswertes Beispiel vorgeführt werden."

Merkwürdig nur, daß die bürgerlichen Parteien, die doch alle Ideale, Vaterlandsliebe, Gerechtigkeit, christliche Bruderliebe, Opferwilligkeit, Mannesstolz und andere gute Dinge mehr in Erbpacht genommen haben, gerade dann kläglich versagen, wenn das Portemonnaie in Frage kommt, von der Parteiarbeit gar nicht zu reden. Es muß doch wohl nicht so weit her sein mit den „Idealen" derer von Bildung und Besitz.

Der kapitalistische Wünschelrutenmann.

Alles was recht ist: Herr Dernburg ist ein Mann von Wort. Nachdem es seit Monden schon zu einem lustigen Fragespiel der politischen Kinder geworden war: Geht er nach Afrika? Geht er nicht?, hat er endlich den Rubikon überschritten: er ist ab nach Afrika! München—Neapel sind die ersten Stationen und dann kommt das Weltmeer. Daß man auch von dort Reklamenotizen über den großen Mann erhält, dafür wird Markonis Drahtloser sorgen.

Man täte aber Dernburg Unrecht, wenn man annähme, es handle sich um eine simple koloniale Spazierfahrt, wie sie vor einiger Zeit eine Handvoll bürgerlicher Reichstagsabgeordneter unternommen hat. Dernburg geht vielmehr als ein Kollege des Landrats v. Uslar, der mit der Wünschelrute im Wüstensande nach verborgenen Wasserquellen schürfte, nach Afrika: als ein kapitalistischer Wünschelrutenmann, der im Wüstensande nach Anlageplätzen für das Kapital sucht.

Und der Mann, von dem ein nationales Blatt schrieb, daß er in der Darmstädter Bank als ihr Direktor draufgängerisch das unterste zu oberst gekehrt habe, wird sich auch in Afrika nicht mit Kleinigkeiten abgeben. Die „Deutsche Tageszeitung" weiß nämlich über den Zweck der Dernburgschen Reise zu berichten:

Die Reise des Staatssekretärs des Kolonialamts nach Ostafrika hat namentlich den Zweck, einen entsprechenden Ausweg über die Richtung und den Ausbau der Eisenbahnen daselbst zu finden. In dem Eisenbahnbau ist der Gesichtspunkt maßgebend, daß die Bahnen sich angliedern an das Bahnnetz ganz Afrikas, das sich mit ungeahnter Geschwindigkeit entwickelt und in absehbarer Zeit ziemlich vollendet sein wird. Von diesem Gesichtspunkte aus wird in den bisherigen Plänen eine wesentliche Änderung eintreten.

Bisher habe es als feststehend gegolten, die Bahnen nach den großen Binnenseen im Norden, im Süden und in der Mitte des Schutzgebietes zu legen. Dernburg aber werde die Eisenbahnbauverhältnisse unter dem Gesichtspunkte betrachten, daß alle Eisenbahnlinien an die geplante englische Riesenbahn Kap—Kairo sich anschließen oder darauf hinarbeiten müßten, in irgendeinen Zusammenhang mit ihr zu kommen.

Dernburgs kolonialpolitische Pläne bewegten sich immer auf dieser Linie. Schon in seiner ersten Afrikadenkschrift sagte er: „Die Erfahrungen aller Kolonialvölker bestätigen, daß große koloniale Gebiete ohne Eisenbahnen ein unsicherer, wirtschaftlich nicht erschließbarer Besitz bleiben." Und in seiner berühmten Dattelkistenrede zählte er zur strahlenden Freude seines bourgeoisen Publikums an den Fingern auf, wie sehr der Bau von Eisenbahnen im Innern die Ausbeutungsmöglichkeiten vermehre. Der Bau der Ugandabahn z. B. habe bewirkt, daß an Stelle der vor zehn Jahren zu jeder Arbeit notwendigen indischen Kulis, die 28 Franken monatlich kosteten, einheimische Neger getreten seien, die für 7 bis 10 Franken monatlich arbeiteten.

Aber nicht die Vermehrung der Ausbeutungsmöglichkeiten ist der Hauptgrund, der die kapitalistische Kolonialpolitik auf den Bau von Eisenbahnen hindrängt, sondern der Hunger des Kapitals nach Anlagegelegenheiten. In den ersten Stadien der kapitalistischen Produktion findet der kapitalistische Überschuß bei Eisenbahnbauten im eigenen Lande reichlich Verwendung. Ist das Land mit Eisenbahnen gesättigt, tritt regelmäßig eine Handelskrise ein. Die nächste Stufe der Entwicklung weist den kapitalistischen Überschuß nach der Durchsuchung der Kolonien mit Bahnstrecken. Und je schwieriger der Bau, je trostloser das Land, desto besser! desto mehr Kapital kann hineingesteckt werden!

Kommt also Dernburg von Afrika zurück, wird er mit den Worten Isolanis vor Regierung und Reichstag treten: „Ich komme auch mit leeren Händen nicht!" und ein ganzes Bündel phantastischer Bahnbaupläne auf den Tisch des Hauses niederlegen. Wenn es dann gilt, neue Dutzende von Millionen in das Danaidenfaß der Steuern zu schöpfen, werden vielleicht auch die wackeren Philister an den verschiedenen Dernburgstammtischen bedenkliche Gesichter ziehen.

Deutsche „Gastfreundschaft."

Eine traurige Statistik wird gegenwärtig veröffentlicht. Die Statistik der Ausweisungen. In welchem Umfang im Deutschen Reich die Ausweiserei von Ausländern betrieben wird, mag durch folgende offizielle Ziffern bewiesen werden:

1906 wurden ausgewiesen 510 Ausländer, darunter 11 Familien mit 37 Personen;
1904 wurden ausgewiesen 565 Ausländer, darunter 8 Familien mit 25 Personen;
1905 wurden ausgewiesen 619 Ausländer, darunter 1 Familie mit 9 Personen.

Außer Rußland hat kein einziges Land einen derartigen hohen Ausweisungsstand zu verzeichnen. Man muß sich in der Tat heute schämen, im Auslande als Angehöriger eines Landes zu gelten, das die Gastfreundschaft — häufig aus purer Liebedienerei gegenüber dem Blutzaren — in solcher schmählichen Weise mit Füßen tritt.

Die Banderolensteuer auf Zigarren wird anscheinend die nächste Überraschung sein, mit der die Reichsfinanzverwaltung das deutsche Volk zu beglücken gedenkt. Die „Mil. Pol. Korr." berichtet:

„Die Banderolensteuer auf Zigarren liegt in ihren Grundzügen schon fertig vor. Nach vorläufigen und allgemeinen Schätzungen soll der Rohertrag dieser Steuer 45 bis 55 Millionen Mark jährlich bringen. Nur die Frage, ob die Sorten bis zur Fünfpfennigzigarre steuerfrei gelassen werden, ist allein noch offen. Die Entscheidung dürfte aber dahin fallen, daß diese billigsten Zigarrenarten, zu deren Herstellung nur inländischer Tabak verwendet wird, zunächst noch steuerfrei bleiben sollen.

Nach den Zigaretten die Zigarren; und wieder wird mit diesem Steuerprojekt eine neue finanzielle Belastung der großen Masse des Volkes geplant; wieder wird damit eine Industrie, die Hunderttausende beschäftigt, aufs schwerste bedroht. Es ist unseres Erachtens die selbstverständliche Pflicht der Liberalen, mit aller Kraft gegen diese neue Verbrauchssteuer Front zu machen. Sie haben hier eine Gelegenheit, die Blockpolitik des Fürsten Bülow einer praktischen Belastungsprobe auszusetzen. Wenn sie fest bleiben, wird die Regierung ihre Hände von den Zigarren lassen müssen.

Österreich-Ungarn.

Ein Sieg! Am Sonnabend fand im vierten steirischen Wahlbezirk eine Nachwahl statt. Die Wahl brachte einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie: Genosse Karl Höger wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt. Er erhielt 5026 Stimmen, während sein Gegenkandidat Dr. Gürtler mit 1107 Stimmen glänzend durchfiel.

Rußland.

Ausschreitungen im Gefängnis. Offiziös wird aus Petersburg gemeldet: In dem im Wiborgviertel gelegenen Gefängnis kam es zu Ausschreitungen anläßlich des Todes eines politischen Gefangenen, der einen Soldaten beschimpft, dessen Befehl nachzukommen verweigerte und getötet wurde. Der Wachtposten war genötigt, zu schießen und verwundete einen Gefangenen, worauf die Ausschreitungen von neuem begannen. Nach einer Viertelstunde gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Frankreich.

Die Tat eines Wahnsinnigen. Der Mann namens Maille, der bei der Vorbeifahrt des Präsidenten Fallieres zwei Schüsse abgab, erklärte auf dem Polizeikommissariat, er habe weder auf den Präsidenten noch auf sonst jemand geschossen, sondern lediglich die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen, um Gerechtigkeit zu erlangen. Er sei durch mehrere Prozesse, die er zu unrecht verloren habe, in Elend geraten. Man nimmt an, daß Maille an Verfolgungswahnsinn leidet. Die abgefeuerten Geschosse sind bisher nicht aufgefunden worden.

Die Arbeiter gegen das Kabinett Clemenceau. Große Demonstrationen gegen die Minister Clemenceau und Briand fanden am Sonntag in mehreren Städten Frankreichs statt. Aus Toulon meldet der Telegraph: Entsprechend dem Beschlusse, welcher von den Arbeitern getroffen wurde, fand Sonntag abend eine Protestkundgebung gegen die Regierung statt. 20 Arbeiter-Syndikate waren mit 5000 Kundgebern vertreten. Während sie die Stadt durchzogen, schlossen sich noch eine Menge Kundgeber an, so daß schließlich die Zahl auf 8- bis 10000 anwuchs. Sie begaben sich vor die Präfektur und stießen Rufe aus: „Nieder mit Clemenceau"! Zahlreiche Hafenarbeiter, darunter der Generalsekretär des Hafenarbeiter-Verbandes und der Syndikate schlossen sich den Kundgebern an. Die Kundgeber sangen anarchistische Lieder und hielten vor der Kaserne des 111. Regiments, begrüßten die Soldaten und forderten sie auf, an der Kundgebung teilzunehmen. Der Fackelzug, der zur selben Zeit stattfand, durchzog andere Straßen, damit sie nicht mit den Kundgebern zusammenstießen. Ein umfassender Sicherheitsdienst wurde vorgenommen und die Truppen zusammengezogen. Um Mitternacht kam es zu ernsten Zusammenstößen, weil die Kundgeber Feuerwerkskörper unter die Pferde der Gendarmen warfen. Die Polizei und die Gendarmerie machten von der blanken Waffe Gebrauch. Es gab zahlreiche Verwundungen auf beiden Seiten. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen, die Polizei beschlagnahmte auch mehrfach rote Fahnen, die an der Spitze des Zuges getragen wurden. — Auch in Marseille fanden Kundgebungen in der Arbeitsbörse gegen die Regierung statt. In Paris fand eine von dem Generalarbeiterverbande des Departements der Seine einberufene Protestversammlung gegen die Regierung statt, an welcher sich etwa tausend Personen beteiligten. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Haltung der Meuterer des 17. Regiments gebilligt wird. Nach dem Meeting kam es zwischen den Kundgebern und der Polizei zu Zusammenstößen, die zur Verhaftung von zehn Kundgebern führte. Eine rote Fahne wurde beschlagnahmt. Ein Gerücht, nach welchem Hervee verhaftet sein soll, bestätigt sich nicht.

Italien.

Der frühere italienische Minister Nasi ist verhaftet worden. Der Verhaftete war wie aus den Wolken gefallen, als er abgeführt wurde. Zweifellos hat er nicht gedacht, daß die parlamentarische Untersuchungskommission es wagen könne, ihn, den großen Banditen, dingfest zu machen. Die Aufregung in der Heimat Nasis ist ob dessen Verhaftung eine große. Auch gegen Lombardo, dem ehemaligen Kabinettschef Nasis, der sich in Trapani aufhält, wurde ein Haftbefehl erlassen mit der Anweisung, ihn sofort nach Rom zu überführen. Die Regierung hat alle telephonische Verbindungen mit Süditalien aufgehoben in der Besorgnis, es könnten in Sizilien, der Heimat Nasis, Unruhen entstehen.

Schweiz.

Ein sozialdemokratischer Präsident. Die konstituierende Sitzung des Großen Stadtrates, des Parlamentes von Zürich, hat Genossen Robert Seidel zum Präsidenten gewählt. Die bürgerlichen Parteien überließen der starken sozialdemokratischen Partei keinen Sekretär, wogegen der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Protest erhob, was eine erregte Szene veranlaßte. Die übrigen Wahlen vollzogen sich in Ruhe.

England.

Ein englisches Frauenparlament. In aller Stille hat sich in London eine Bewegung gebildet, die unter dem Namen eines Frauenkongresses die Angelegenheiten der Frauen in sozialer, rechtlicher und industrieller Beziehung in die Hand nehmen will und als repräsentative Körperschaft willens ist, wirksam bei den Behörden ihren Einfluß geltend zu machen. Zu diesem Frauenparlament soll jeder politische Wahlkreis eine Vertreterin entsenden. Sobald in diesem „Parlament" Einigung über einen Gegenstand erzielt ist, soll er in gebührender Weise dem Ministerium in Form einer Empfehlung unterbreitet werden. Sekretärin des Organisationskomitees des Frauenkongresses ist die durch ihre Tätigkeit für die Frauenwelt bekannte Mrs. Arthur Holland. Die Bewegung steuert einen Mittelkurs zwischen den Suffragisten und Antisuffragisten und verdient schon dadurch, daß sie sich in ihren Beratungen ausschließlich auf Angelegenheiten des weiblichen Geschlechtes beschränken will, alle Unterstützung. — Als Motto wählte der Kongreß „Würde, Sympathie, Wahrheit!" Ein weiteres Ziel hat sich der Kongreß hinsichtlich der Förderung der Moral und Armenpflege unter den Frauen und Kindern gesteckt; auch soll unter anderem freier Rechtsbeistand vor Gericht gewährt werden. Die Präsidentin wird von dem Kongreß gewählt, sie bildet ihr aus zwanzig Räten bestehendes Kabinett. Finanziell soll das Unternehmen auf einen von jeder Frau Englands, die ihn leisten kann, zu erhebenden Beitrag von $2\frac{1}{2}$ beziehungsweise 1 und $\frac{1}{2}$ Schilling jährlich gestellt werden. Man rechnet, daß man damit zu einer jährlichen Einnahme von zwei Millionen Mark kommen werde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 16. Juli.

Die Bürgerschaft hielt gestern wieder einmal eine Versammlung ab mit einer Tagesordnung, deren Länge jedem unbefangenen Menschen Respekt einflößen mußte. Es traf denn auch ein, was zu erwarten stand, nämlich daß ein großer Teil der Beratungsgegenstände unerledigt blieb. Dennoch kamen die meisten Senatsvorlagen unter Dach und Fach.

Zunächst hatte es den Anschein, als ob die Bürgerschaft überhaupt nicht beschlußfähig werden würde. Das akademische Viertel war längst verstrichen und noch immer war es im Saale öde und leer. Endlich, gegen ½11 Uhr konnte der Diener dem Wortführerstellvertreter die freudige Kunde überbringen, daß die Bürgerschaft in beschlußfähiger Zahl versammelt sei. Allgemein atmete man auf; man war doch nicht ganz vergebens gekommen.

Die ersten Senatsanträge gaben zu einer längeren Diskussion keinen Anlaß. Erfreulich war die vom Senatstische gegebene Mitteilung, daß man das zum Gute Krempelsdorf gehörige Gehölz in einen Stadtpark für die Vorstadt St. Lorenz umwandeln will. Das ist umsomehr zu begrüßen, als gerade Lübecks volkreichste Vorstadt durch den Bahnhofsneubau und den Neubau der Puppenbrücke nicht unerheblich in seinen öffentlichen Anlagen geschmälert worden ist. Eine längere Debatte entfesselte der Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betr. Abänderung der Artikel 20 und 22 der Verfassung, sowie der Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 15. November 1902 über das Lübeckische Staatsbürgerrecht. Von unseren Genossen wurde der Nachweis geliefert, daß man es jetzt bereits auf sieben verschiedene Gruppen von Bürgern gebracht hat, von denen ein Teil wahlberechtigt ist, ein anderer wieder nicht. Weiter wurde es scharf kritisiert, daß die Bürgerschaft sich allmählich aller ihrer Rechte begeben habe und zu einer Art von Jasagemaschine geworden sei. Nicht einmal die Möglichkeit, Initiativanträge wirksam zur Geltung zu bringen, stehe der Volksvertretung zu. Vom Senatstische und auch aus der Mitte der Bürgerschaft trat man zwar diesen Ausführungen entgegen, jedoch in wenig überzeugender Weise. Die Tatsache, daß die Bürgerschaft unter der Vormundschaft des Bürgerausschusses steht, wie Herr Aug. Pape sehr richtig bemerkte, ist eben durch schöne Reden nicht aus der Welt zu schaffen. Die Abänderungen der Bestimmungen des Staatsbürgerrechts waren nicht von erheblicher Bedeutung. Nebenbei gelang es jedoch, ein schweres Unrecht, das man jenen Bürgern zugefügt hat, die ihr Bürgerrecht durch Zahlung einer Geldsumme erworben haben, die aber nicht alljährlich Einkommensteuer zu zahlen in der Lage sind, wenigstens teilweise wieder gut zu machen. Es wurde nämlich beschlossen, daß diejenigen Bürger, welche bereits vor dem 15. Dezember 1902 (nicht wie es bei uns gestern irrtümlich hieß 1905) das Bürgerrecht besaßen, auch dann in der zweiten Klasse wahlberechtigt sein sollen, wenn sie die Bedingungen des jetzt geltenden Gesetzes nicht erfüllen. Dadurch ist mehr als 600 lübeckischen Bürgern das zweiteklassige Wahlrecht gegeben. Hoffentlich werden sie es auch dazu benutzen, um denjenigen Leuten, die s. Zt. an ihnen den Wahlrechtsraub vornahmen, die richtige Quittung zu verabfolgen.

Zu einem scharfen Wortgefecht kam es bei dem Senatsantrag auf Verleihung des Enteignungsrechts zum Erwerb einiger Wegeparzellen in der Gemarkung Schlutup. Genosse Pape bezeichnete es als eines Staates unwürdig, zu verlangen, daß an ihn Grund und Boden ohne Zahlung einer Entschädigung abgetreten werden solle. Die Herren Dr. Wittern und Senator Dr. Fehling gerieten ebenfalls hart aneinander. Schließlich wurde dennoch der Senatsantrag gegen eine starke Minderheit angenommen. Beim Senatsantrag betr. Nachbewilligung zu den Kosten der Straßenreinigung benutzte Genosse Schwartz die Gelegenheit, die Straßenverunreinigung, welche durch die Schlamm-Abfuhr vom Theaterneubau verursacht wird, zu rügen und um Abhilfe zu ersuchen.

Gegen 2 Uhr hatten sich bereits soviele Bürgerschaftsmitglieder nach dem Volksfest verkrümelt, daß die Beschlußfähigkeit bezweifelt werden konnte. Das geschah denn auch und die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Die Wielandbrücke wird wegen vorzunehmender Reparaturen für den Schiffahrtsverkehr gesperrt.

Postalisches. Das Weltporto für Briefe ist vom Weltpostkongreß in Rom im vorigen Jahre neu festgesetzt und zum Teil wesentlich ermäßigt worden. Sämtliche Beschlüsse des Kongresses sollen am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Das Gewicht eines Briefes wird von 15 auf 20 Gramm erhöht, wie schon jetzt im Verkehr zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn und der Schweiz. Diese ersten 20 Gramm kosten 20 Pfg. Für jede weiteren 20 Gramm hat der Weltpostkongreß den Satz von 15 Zentimes beschlossen. Das Reichspostamt und die beiden süddeutschen Verwaltungen haben sich entschlossen, nur 10 Pfg. an Stelle von 15 Zentimes zu verlangen. Die Ermäßigung, die sich so ergibt, ist für schwerere Briefe sehr erheblich. Ein Brief von 19 Gramm kostet künftig statt 40 Pfg. nur 20 Pfg., ein solcher im Gewicht von 55 Gramm nur 40 Pfg. statt 80 Pfg.

Ärztliche Hilfe bei Lebensgefahr. Ein Arzt, der in Fällen dringender Lebensgefahr die ärztliche Hilfe verweigert, macht sich einer Verletzung der ärztlichen Standespflichten schuldig. Diese wichtige Entscheidung des ärztlichen Ehrengerichtshofes wird jetzt vom preußischen Kultusministerium den Organen der öffentlichen Gesundheitspflege mitgeteilt. Ein Arzt war dringend um sofortige Hilfe gebeten worden, der Aufforderung aber nicht nachgekommen. Als ein anderer Arzt erschien, war der Leidende schon gestorben. Das Ehrengericht sah aber die Lebensgefahr in diesem Falle nicht als genügend erwiesen an und sprach den Arzt frei. Der Ehrengerichtshof geht in seiner Entscheidung davon aus, daß ein Zwang zur Behandlung rechtlich nicht begründet ist, daß es aber Fälle gibt, die so schwer sind, daß der Arzt Hilfe nicht verweigern darf. Der Gerichtshof hat schon früher den Grundsatz ausgesprochen, daß die Verweigerung ärztlicher Hilfeleistung in Fällen dringender Lebensgefahr einen Verstoß gegen die ärztlichen Standespflichten enthalte. Der Ehrengerichtshof ist der Meinung, daß der Arzt aus der Schilderung des Vorganges und der Beschreibung der Krankheitserscheinungen, die ihm gegeben wurden, den Eindruck gewinnen mußte, daß es sich um eine dringende und unmittelbare Lebensgefahr handle. Der Ausspruch des Angeschuldigten: „Nun, dann ist doch nichts mehr zu machen", sowie der Tod der Erkrankten stellen die Schwere und Dringlichkeit des Erkrankungsfalles als ganz zweifellos hin. Der Arzt wurde deshalb mit einer Warnung bestraft.

Handelsregister. Am 15. Juli 1907 ist eingetragen; 1. bei der Kommanditgesellschaft in Firma M. A. Falck in Lübeck: Der Kaufmann Ph. J. Goldschmidt in Hamburg ist aus der Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. Es ist ferner ein Kommanditist aus der Gesellschaft ausgeschieden und ein Kommanditist wieder eingetreten; 2. bei der Firma C. Kreutzfeldt in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. die Firma Wilhelm Reincke in Hamburg, Zweigniederlassung in Lübeck. Inhaber: Kaufmann W. F. M. H. Reincke in Hamburg. Dem H. F. R. Ketelhohn in Lübeck ist Prokura erteilt.

pb. **Diebstähle.** Ein Dienstmädchen brachte zur Anzeige, daß ihr in der Zeit vom Freitag morgen, den 12. ds. Mts., bis Sonnabend abend, den 13. ds. Mts., aus ihrer auf dem Boden liegenden Schlafkammer eine silberne Remontoiruhr mit Doublee-Halskette und ein Ring gestohlen worden sei. Der Ring ist ein früherer Trauring, in welchem jetzt ein dunkelroter Stein eingesetzt ist. Die in dem Gehäuse der Uhr befindliche Nummer ist 496 772. — Einem Arbeiter wurde in der Nacht zum Montag den 15. d. Mts. eine silberne Remontoiruhr im Werte von 64 Mk. gestohlen. Der Arbeiter, der an dem Tanzvergnügen in einem Lokale der Luisenstraße teilgenommen hatte, war in dem Garten des Lokals eingeschlafen. Beim Erwachen merkte er, daß ihm seine Uhr und sein Portemonnaie mit 1,40 Mk. fehlten. Die Nummer der Uhr ist 2 031 474. — Am Montag morgen den 15. d. Mts. ist einem aus Tassow hier zugereisten Arbeiter in einer Herberge eine silberne Schlüsseluhr und ein Zigarrenetui gestohlen worden. — Eine auf dem Langen Lohberg wohnende Witwe brachte zur Anzeige, daß ihr am Sonnabend morgen aus ihrer verschlossenen Wohnung und verschlossenen Kommode 40 Mark gestohlen worden seien. — Am Sonntag nachm. wurden aus einem Hause der Wickedestr. folgende Gegenstände gestohlen. 1 goldener Trauring gez. Julius Plaas 1896, 1 kleiner Diamantring, 1 goldener Schlangenring, 1 Granatarmband, 1 goldenes Armband mit der Inschrift: „Zur Erinnerung an Alma und Dietrich Inselmann", 1 goldene Damenuhr mit Kette, auf dem Deckel der Uhr das Monogramm M. L., 1 kleines, rundes, schwarzes Lederportemonnaie mit 40—50 Mk., 1 altes Portemonnaie mit 4—5 Mark und 50 Mark bares Geld.

pb **Zu dem Leichenfund,** über den wir gestern berichteten, meldet das Polizeiamt: In der Nacht zum Montag, den 15. ds. Mts., fiel ein in trunkenem Zustande am Gestade der Trave entlang gehender Arbeiter aus Hof Wahrsow in die Trave. Der Mann konnte erst am folgenden Morgen als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: In dem Lustspiel „Der Herr Senator" verabschiedet sich unser beliebter Gast, Herr Max Schütz, in der Rolle des Senator Andersen. Herr Max Schütz, welcher sich von seiner früheren Tätigkeit her einer sehr großen Beliebtheit erfreut, hat uns auch in diesem Sommer durch seine Vielseitigkeit so manche heitere und genußreiche Stunde verschafft, er wird sicher ein zahlreiches Publikum an seinem Abschiedsabend sehen. Am Donnerstag geht das Lustspiel von Meyer Förster „Alt-Heidelberg" in Szene.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: Morgen geht Hermann Sudermanns „Johannisfeuer" letztmalig in Szene. Das hochinteressante Werk des bekannten Autors hat hier stets großes Interesse gefunden. Am Donnerstag wird das entzückende Lustspiel „Klein Dorrit" nochmals wiederholt. Nach vielen und sorgfältigen Proben wird am Freitag „Was ihr wollt" zum ersten Male aufgeführt. Es ist das eins von Shakespeare's Lustspielen, das sich ewig jung erhält und nie von dem Spielplan deutscher Bühnen verschwinden wird. Das gesamte Personal ist beschäftigt. Außerdem ist „Raffles" in Vorbereitung, eine Neuheit, die allabendlich im Neuen Schauspielhause zu Berlin die größten Erfolge erzielt

---

Mölln. Aufgehobene Sperre. In Mölln ist die Sperre für Tischler aufgehoben. Den ernsthaften Bemühungen der hiesigen Tischler ist es gelungen, ohne eine offizielle Bewilligung ihrer Forderungen zu erlangen, bei der Mehrzahl der Meister das Kost- und Logiswesen zu beseitigen. Fünf Arbeitgeber mit acht Gesellen haben, den Wünschen der Gesellen Rechnung tragend, diese außer Kost und Logis gehen lassen. Zwei ältere Gesellen arbeiten als Streikbrecher beim Meister in Kost und Logis. Doch dürfte diese „Herrlichkeit" bald ein Ende nehmen.

Hamburg. Vom Automobilmob ermordet. Sonnabend nachmittag wurde das achtjährige Mädchen Petersen, Falkenried wohnhaft, auf der Alsterkrug-Chaussee, als es in der Nähe der Kakesfabriken den Fahrdamm überschreiten wollte, durch ein von Borstel kommendes Automobil überfahren und sofort getötet. Die Leiche wurde nach dem Hafenkrankenhause gebracht. Gegen die Täter soll angeblich eine Untersuchung eingeleitet sein. Was wird dabei herauskommen? Was nützen Untersuchungen, was nützen auch Verurteilungen gegen die freche Mißachtung von Leben und Gesundheit der Mitmenschen, die die Automobilfexe tagtäglich an den Tag legen? Es bleibt schließlich nichts übrig, als daß die Bevölkerung gegen den brutal und stinkend durch Land und Stadt rasenden Mob sich selbst schützt. Besonders die Alsterkrug-Chaussee ist in letzter Zeit zu einer wahren Rennbahn für die Automobilisten geworden, so daß sich kein Fußgänger mehr darauf trauen darf. Und die Behörden sehen zu.

Hamburg. Der Mann der Tat. Die Ortsgruppe Hamburg des Alldeutschen Verbandes hat Peters folgende Adresse überreicht: „Hamburg, 13. Juli. Herrn Dr. Karl Peters, London. Endlich geht es zwischen Freunden und Feinden tatkräftiger deutscher Kolonialpolitik wieder hart auf hart, Stahl auf Stahl. Deutschland teilt sich in zwei Lager. Ihr Name bildet den Kampfruf. Ihre Freunde von der Wasserkante brauchen Ihnen wohl nicht zu sagen, auf welcher Seite sie stehen. Gleichwohl drängen uns die Ereignisse jüngster Zeit, Sie zu versichern, daß kein Angriff imstande ist, unsere Anerkennung und Dankbarkeit für den Mehrer des Reiches zu schmälern. Im Anfang war die Tat. Der Mann der Tat wird den Sieg behalten. Mit deutschem Gruß. Die Ortsgruppe Hamburg des Alldeutschen Verbandes." Morgen werden vom Verband echt russischer Leute und übermorgen von den Pariser Apachen an den „Mann der Tat" ähnliche Adressen einlaufen. — Der Verein Hamburger Reeder hat beschlossen, für diejenigen Schiffsleute, welche durch die Heuerstellen des Vereins Hamburger Reeder, der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft angeheuert werden, Legitimationskarten einzuführen. Diese Karten geben, sofern ihr Inhaber für den betreffenden Dienst tauglich ist, einen Vorzug für die Annahme an genannten Heuerstellen. Ferner werden, soweit bei den einzelnen Reedereien die Ausstellung von Ziehscheinen (auf die Angehörige der Schiffsleute Teilbeträge der verdienten Heuer erheben können) oder die Gewährung von Alterszulagen, Gratifikationen usw. üblich ist, solche Vorteile nur denjenigen Leuten gewährt, welche im Besitze der Legitimationskarten sind. Die Karten werden bei Dienstuntauglichkeit oder schlechter Führung zeitweilig oder dauernd entzogen. Diese Einführung der Heuerkarten ist nichts weiter als eine Knebelung der Seeleute; denn diese Karten dienen zugleich als Kontrollkarten und werden vom Zentralverein deutscher Reeder herausgegeben. Nur solche Seeleute sollen dann auf deutschen Schiffen angeheuert werden, die im Besitze einer solchen Karte sind. Auch über die Führung soll auf dieser Kontroll- und Heuerkarte vermerkt werden können. Nur bei zufriedenstellender Leistung sollen diese Karten den Seeleuten ausgehändigt werden. Man wird dann den „verdächtigen" Seeleuten, das heißt solchen, die im Seemannsverbande organisiert sind, solche Heuerkarten verweigern. — Protzig bis zum letzten Augenblick ist das Reedertum. Es macht in seiner Presse bekannt, daß die Seeleute, die an dem Streik beteiligt gewesen sind, nicht eher wieder eingestellt werden, als bis der Streik in sämtlichen deutschen Hafenplätzen vollständig beendet und die Arbeit zu den früheren Lohnsätzen wieder aufgenommen worden ist. An einigen Ostseeplätzen soll das bisher noch nicht der Fall sein.

Güstrow. Fürstin Wrede vor Gericht. Bekanntlich ist das Verfahren gegen die Fürstin Wrede eingestellt worden. Gegen diese war derzeit die Voruntersuchung eingeleitet wegen verschiedener Hoteldiebstähle in Berlin, München und Paris in den Jahren 1903 bis 1906, und eines Einbruchsdiebstahls in Basedow, im Jahre 1905 begangen zu haben, bei dem Silbergeschirr der gräflichen Familie Hahn gestohlen wurde. Ferner wurde ein Verfahren gegen den Fürsten Wrede wegen Hehlerei und gegen Fräulein Weidig wegen Beihilfe und wegen eines vor dem Amtsgericht Malchin geleisteten Meineides eingeleitet. Jetzt also sind alle Beteiligten außer Verfolgung gesetzt, die Haftbefehle aufgehoben, die Staatskasse ist mit den Kosten des Verfahrens belastet, und dem Fürsten Wrede ist sogar die Erstattung seiner notwendigen Auslagen zugebilligt worden. Aus der Begründung dieser Entscheidung und zur Erläuterung des Falles sei nach dem „B. T." folgendes hervorgehoben: „Was den Basedower Silberdiebstahl anlangt, so ist mehr als zweifelhaft, ob die Fürstin Wrede und ihre Gesellschafterin ihn ausgeführt haben. Als die gräfliche Familie Hahn, die jetzt verarmt ist, das Schloß ihrer Väter verließ, ließ sie ihre Silbersachen im Gewölbe des Schlosses einmauern. Versehentlich blieben aber einzelne Silbersachen, darunter eine silberne Menage, in einer verschlossenen Kiste im Keller stehen. Tatsächlich wurde die Silbermenage mit Ausnahme der zu der Menage gehörenden Glassachen, die bei der Haussuchung noch in der Kiste waren, im Büfett der Fürstin Wrede vorgefunden. Zwar bekunden die meisten deutschen Bediensteten der Fürstin in Basedow, die infolge der Bevorzugung der Negerdienerschaft durch die Fürstin in wenig gutem Verhältnis zu dieser standen, sie hätten eines Abends die Fürstin und die Gesellschafterin die Kiste erbrechen und Silbersachen herausnehmen sehen, aber andrerseits sind alle diese Zeugen höchst bedenkliche Personen und stehen unter dem Einfluß des Hauptzeugen Glase, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß andre Personen die Menage gestohlen und sie, um der Fürstin etwas anzuhängen, in ihr Büfett gestellt haben. Wenn aber auch, was nicht anzunehmen ist, die Fürstin diesen schweren Einbruchsdiebstahl begangen hat, so mußte sie ebenso wie bei den zweifellos begangenen Hoteldiebstählen nach Maßgabe des § 51 des Strafgesetzbuches außer Verfolg gesetzt werden. Nach diesem Paragraphen ist eine strafbare Handlung nicht vorhanden, wenn der Täter zur Zeit der Begehung der Tat sich in einem Zustand von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist. Die jetzt fünfzigjährige, in Buenos Aires in Argentinien geborene, aus einer vornehmen spanischen Familie stammende Fürstin Wrede hat sich in jungen Jahren mit einem argentinischen Staatsbeamten verheiratet, ist aber bald Witwe geworden. Ihre jährliche Rente von etwa 300 000 Mk. machte sie zu einer reichen Partie. Trotzdem verstand sie sich aber erst nach langem Witwenstand wieder zu heiraten. Ihr zweiter Gatte, Fürst Wrede, ist der Enkel des bayrischen Feldmarschalls Fürsten Wrede, der 1813 gegen Napoleon bei Hanau unglücklich focht, und ebenso unbemittelt wie sein Großvater. Der Fürst Wrede, der seiner jetzigen Gemahlin die Hand reichte, nachdem seine erste Ehe geschieden war, ist deutscher Staatsangehöriger, und die Fürstin hat infolgedessen auf Grund des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1870 auch das deutsche Staatsbürgerrecht erworben. Aus diesem letzten Grund mußte sich das in Deutschland eingeleitete Strafverfahren auf Grund des § 4 des Reichsstrafgesetzbuches auch auf die Pariser Diebstähle miterstrecken. Die Fürstin Wrede war in früherer Zeit, wenn auch exzentrisch, so doch sehr geistreich und verkehrte mit bedeutenden Männern ihrer Zeit, so z. B. mit dem unter Bismarcks Regiment bekannten Botschafter v. Radowitz. In den letzten Jahren hat sich aber die Fürstin, die nur in erster Ehe Kinder gehabt hat, die längst erwachsen und selbständig geworden sind, namentlich nach der Verheiratung ihrer Tochter Edda, in auffallender Weise aus den Gesellschaftskreisen zurückgezogen und ein einsiedlerisches Leben geführt, während sie vorher in der Gesellschaft eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Man mußte dies schon damals darauf zurückführen, daß sie geisteskrank war, und daß sie von dem Erbübel ihrer Familie, der zahlreiche Angehörige Tribut hatten zahlen müssen, ergriffen sei. Als das Strafverfahren 1906 gegen die Fürstin Wrede eingeleitet wurde, mußte man von vornherein auf die nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit kommen, daß die Fürstin bei Begehung der Diebstähle unzurechnungsfähig war. Die Fürstin Wrede wurde deshalb auf gerichtliche Anordnung auf ihren Geisteszustand untersucht, zunächst von französischen Psychiatern, und dann, als man gerichtlicherseits von deren Gutachten allein nicht die wichtige Frage der Eröffnung oder Einstellung des Hauptverfahrens abhängig machen wollte, auch in Deutschland durch den Medizinalrat Dr. Leppmann und den Rostocker Professor Dr. Schuchardt. Wie man weiß, haben sich alle Psychiater dafür ausgesprochen, daß die Fürstin jetzt geisteskrank ist, während sie nicht mit Bestimmtheit bekunden, ob dies schon bei Begehung der strafbaren Handlungen der Fall war. Wäre sie nur jetzt, nicht damals geisteskrank, so wäre allerdings zurzeit das Strafverfahren gegen sie einzustellen gewesen, aber ihre Gehilfen wären nicht durch den § 551 des Strafgesetzbuchs gedeckt und müßten zur Verantwortung gezogen werden. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts gilt aber der Satz, daß, wenn der Täter zurzeit des Strafverfahrens geisteskrank ist, ohne weiteres dies auch von der Zeit der Begehung der strafbaren Handlung angenommen wird, wenn nicht Umstände für das Gegenteil sprechen. Es wird kein positiver, sondern nur ein negativer Nachweis verlangt. Aus dieser Erwägung mußte das Gericht zur Außerverfolgungsetzung der Fürstin und nicht bloß zur zeitweiligen Einstellung des Verfahrens gegen sie kommen. Fürst Wrede wurde einmal aus dem Grunde außer Verfolgung gesetzt, weil kein genügender Beweis für eine Hehlerei vorliegt — er hat, als seine Frau ihm ihre Hoteldiebstähle eingestand, sofort der Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht — und dann weil, wenn der Täter wegen Geisteskrankheit bei Begehung der Tat straflos ist, diese Strafloseigkeit sich von selbst auf diejenigen Personen miterstreckt, die nur accessorisch mitgewirkt haben und nur als Hehler oder als Gehilfen der strafbaren Handlung in Betracht kamen. Das Reichsgericht hat wiederholt in seiner Rechtsprechung in Strafsachen, namentlich in Band 35 Seite 73 bei der Entscheidung der Frage, ob zu der Tat eines Unzurechnungsfähigen Beihilfe im Sinne des § 49 des Strafgesetzbuches geleistet werden könne, ausgesprochen, daß die Handlungen einer Person, deren freie Willensbestimmung durch Geisteskrankheit ausgeschlossen war, überhaupt nicht Handlungen im Sinne des Strafrechts seien. Hieraus folgt, daß im Sinne des § 359 des Strafgesetzbuches das Tatbestandsmerkmal des Erlangens der Sache durch eine

strafbare Handlung nicht vorliegt, wenn sich der Täter des Vordelikts in einem Zustand der Geisteskrankheit im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches befunden hat. Da eine solche Handlung juristisch auf gleicher Stufe mit dem Tun eines andern vernunftlosen Geschöpfes steht, so ist es selbstverständlich, daß alle diejenigen Personen, die bei der Tat des Geisteskranken mitgewirkt haben, um deswillen straffrei ausgehen, weil überhaupt keine strafbare Handlung vorliegt. Die Erwägung kommt nicht nur dann in Frage, wenn die accessorische Beihilfe, sondern wenn auch das selbständige Delikt der Hehlerei vorliegt. Auch aus diesem Grunde mußte Fürst Wrede außer Verfolgung gesetzt werden. Diese Erwägungen bewirkten, daß die Gesellschafterin Weidig, die sich der Beihilfe schuldig gemacht hat, indem sie der Fürstin die Früchte ihres Verbrechens zu sichern und sie auch vor der Strafverfolgung zu schützen suchte, straffrei ausgeht. Was den ihr zur Last gelegten Meineid anlangt, der mit dem Prozeß Wrede nur in losem Zusammenhange steht, so wurde auch sie außer Verfolgung gesetzt unter Berücksichtigung dessen, daß sie zwar objektiv Unwahres bekundet hat, aber kein Anhalt dafür vorliegt, daß sie wissentlich oder fahrlässig Meineid geleistet hat.— Im Anschluß hieran hört das „B. T.", daß die Staatsanwaltschaft wahrscheinlich gegen diese Entscheidung des Landgerichtes Güstrow i. M. bei dem Oberlandesgericht Rostock Berufung einlegen wird mit der Begründung, daß die Fürstin Wrede zwar jetzt, aber nicht bei Begehung der Silberdiebstähle geisteskrank gewesen sei, und daß daher zum mindesten das Verfahren gegen die Gesellschafterin Weidig wegen Beihilfe eingeleitet werden müßte.

Aus Nah und Fern.

Wenn der Bischof kommt, hagelts! Ein steirischer Genosse schreibt der Wiener „Arbeiter-Ztg." In der „Grazer Tagespost" vom 6. d. ist eine merkwürdige Sach' zu lesen. Aus Pettau hat die „Tagespost" einen Bericht über ein Hagelwetter und darin heißt es wörtlich: „In Dreifaltigkeit war eben Firmung und da sonderbarer Weise auch vor sechs Jahren bei Anwesenheit des Fürstbischofs von Marburg die Gegend verhagelt wurde, so geben die abergläubischen Bauern ihrem Bischof die Schuld an dem Unwetter und sie wollen ihn nach sechs Jahren nicht mehr aufnehmen." Für was für einen sündhaften Menschen müssen die Bauern von Dreifaltigkeit doch ihren Oberhirten halten, wenn sie den bösen Zufall, der freilich die Leutchen zur Verzweiflung trieb, da drei Viertel der schönen Weinernte vernichtet und der Rest nicht gut ist, seinem Kommen zuschreiben.

Opfer der Kälte. Zwei norddeutsche Touristinnen fanden, nach einer Meldung aus Bozen, bei der Überschreitung der Birnlücke in den Hohentaufen den Tod infolge Übermüdung und eisiger Kälte.

Der Eisschrank. Solange es eine wissenschaftliche Gesundheitspflege giebt, hat sich ihre Aufmerksamkeit auf einen Bestandteil des Hausrates gerichtet, der in allen mehr wohlhabenden Wirtschaften vorhanden ist, und manchem während des Sommers, wenn er nicht gerade lauter solche Wochen hat, wie der heurige, als eins der unentbehrlichsten Geräte erscheint. Das ist der Eisschrank. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß Licht und Trockenheit die Hauptfeinde von Bakterien und Pilzen sind, um einzusehen, daß das Innere des Eisschrankes ein Ort ist, in dem alle solche Keime an sich besonders günstige Lebensbedingungen sollten finden können. Nun vertragen freilich manche Bakterien wiederum eine kühle Temperatur nicht sonderlich gut. Erstens aber gilt das nicht für alle Keime im wesentlichen Grade, und zweitens ist im Eisschrank nicht immer Eis vorhanden. Die Gefahren, die der Eisschrank überhaupt bietet, scheinen eigentlich erst darin zu liegen, daß Speisen auch dann dort aufbewahrt werden, wenn gar kein Eis vorhanden ist. Der Bezirksarzt Dr. Weikard aus Neu-Ulm beschreibt jetzt in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" einen schweren Vergiftungsfall, der durch diese unkluge Gewohnheit entstanden war. Von sieben Personen einer Familie erkrankten sechs gleichzeitig an besonderen Vergiftungserscheinungen, die erst nach acht Tagen durch sorgfältige Behandlung gehoben werden konnten. Die angestellte Erhebung wies als den Urheber der Vergiftung einen Pudding nach, der aus übrig gebliebenen Eiweiß hergestellt worden war. Dies Eisweiß hatte durch seine Aufbewahrung in einem leeren Eiskasten ein sehr gefährliches Eiweißgift entwickelt, das zu der Gruppe der Ptomaine oder Leichengifte gerechnet wird. Die Köchin, die nur von dem Eiweiß und nicht von dem Pudding gekostet hatte, war besonders heftig erkrankt. Es ergibt sich daraus die Lehre, daß jeder Eiskasten mehrmals im Jahre besonders sorgfältig gereinigt werden muß.

Blumenpflege. Eine eigenartige Anregung zur Blumenpflege gab die Leitung der Mannheimer Gartenbau-Ausstellung. Im Umkreise von 50 Kilometer ersucht sie sämtliche Städte und Dörfer mit mindestens 2000 Einwohnern an die Schüler und Schülerinnen der beiden obersten Jahrgänge der Volksschulen Stecklinge zu verteilen. Dieselben sollen von den Schulkindern zur Entwickelung gebracht werden. Ende Juli findet in den beteiligten Gemeinden eine Ausstellung mit einer Prämiierung der am besten gezogenen Pflanzen statt. Am 31. Juli fahren aus den Gemeinden je 10—200 Kinder unter Begleitung der Lehrer resp. Lehrerinnen mit den prämiierten Pflanzen auf Kosten der Ausstellung nach Mannheim. Die Kinder haben freien Eintritt, werden gut bewirtet und erhalten einen Preis oder ein Diplom. An diejenigen, die einer weiteren Auszeichnung würdig erscheinen, werden noch besondere Andenken verteilt. Für Darmstadt kommen etwa 90 Schüler mit 6 Lehrerinnen in Betracht. Die Stadtgärtnerei lieferte bis Ende Mai 1500 Stecklinge nebst Töpfen. Die Kosten von etwa 100 Mark wurden von der Stadtverwaltung einstimmig genehmigt.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 7 des zweiten Jahrgangs, Juli 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart. Das Juliheft dieser Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift enthält unter anderem einen instruktiven Artikel von J. A. Lux, betitelt „Der Lehrling in den kunstgewerblichen Berufen", ferner eine Abhandlung von F. Fammler über den Ankleideschrank und den Schluß des von Gewerbeschullehrer D. Winkelmüller verfaßte Artikels „Türen, Tore, Windfänge" (mit 109 Abbildungen). Von den 55 Abbildungen, die dieses Heft enthält, sind bemerkenswert Reproduktionen von Arbeiten Ludwig Hohlweins, Karl Bertsch', Rich. Riemerschmids, Bernard Stadlers, sowie Originalentwürfe zu einer Saloneinrichtung von Willy Balsam in Mainz. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adler-Straße 43.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Für die uns aus Anlaß unserer Hochzeit in so reichem Maße zu teil gewordenen Aufmerksamkeiten danken herzlich
Franz Stormer und Frau,
Caroline, geb. Tege.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich
Georg Heth u. Frau, geb. Niemann.

Dienstag morgen entschlief sanft unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater
Johann Sandherr
im 73. Lebensjahre.
Tief betrauert von seinen Kindern und allen, die ihm nahe standen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juli, 8 Uhr, vom Heil. Geist aus nach dem Vorwerker Friedhofe statt.
Beginn der Feier 7½ Uhr.

Ehepaar mit 2 Kindern **sucht eine Wohnung** vorm Hüxtertor oder in der Stadt in Hüxtertor-Nähe im Preise von 180—200 Mk. Off. u. K A an die Exp. d. Bl.

Eröffne mit dem heutigen Tage einen
Brot- und Bier-Verkauf
Brolingstraße 60.
Frau Friede.

Abreisenden
aufbewahr und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52.**

Johannes Probst
Uhrmacher Marlistraße 29
Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Soeben ist erschienen:
Gruppenbild
der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Preis 40 Pfg.
Auf Kunstdruck-Karton in vorzüglichem Druck und nach den neuesten photographischen Aufnahmen hergestellt, ist das Bild ein prächtiger Zimmerschmuck für jedes Arbeiterheim. Die Kartongröße ist 40×55 cm. Der Preis ist so billig bemessen, um jedem Arbeiter die Anschaffung zu :::::::: ermöglichen. ::::::::
Zu beziehen durch:
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, den 17. Juli,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Ausschluß zweier Mitglieder.
2. Extrabeitrag.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
4. Abrechnung vom 2. Quartal.
Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.
Der Vorstand

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Versammlung
am Mittwoch, 17. Juli,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Billige
Tapeten-Reste
Georg Bornhöfft
Hafen-Drogerie,
Untertrave 44/45, bei der Drehbrücke.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Wilhelm-Theater.
Mittwoch: 52. Abonn.-Vorstellung.
Einmalige Wiederholung von Hermann Sudermann's
Johannisfeuer.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Klein Dorrit.
In Vorbereitung: Raffles. Der Amateur-Einbrecher.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Ludwig Piorkowski.
Mittwoch. 8 Uhr. 32. Abonn.-Vorst.
Letztes Auftr. v. Max Schütz v. D. Th. i. Berl.
Der Herr Senator.
Lustsp. in 3 Akt. v. Schönthan u. Kadelburg
Donnerstag. 8 Uhr. 33. Abonn.-Vorst.
Alt-Heidelberg.
Freitag: Der Bettelstudent.
Vorverk. bei Kaibel, Borchert u. Theaterk.

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder".** In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 163. Dienstag, den 16. Juli 1907. 14. Jahrg.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Verband der Tabakarbeiter sieht sich veranlaßt, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in den Kämpfen, die er um Verbesserung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter zu führen genötigt ist, in Anspruch zu nehmen.

Seit der Aussperrung der 4000 Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen im Juni 1905 in Dresden hat der Verband ununterbrochen Kämpfe zu führen und Angriffe der Unternehmer abzuwehren gehabt. Die Zigarettensteuer wurde vielfach von den Unternehmern benutzt, die ohnehin erbärmlichen Löhne der Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie noch weiter herabzudrücken. Die Zollgesetzgebung, die eine Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel zur Folge hatte, traf die Arbeiter der Tabakindustrie weit härter noch als die übrige Arbeiterschaft, weil in dieser Industrie die Löhne am niedrigsten sind und infolge der Hausindustrie und des Verlegens der Tabakfabriken auf das flache Land die Widerstandskraft der Arbeiter nur sehr gering ist.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes versuchte nun, um weite Schichten der Arbeiterschaft der Tabakindustrie vor vollständiger Degeneration zu bewahren, in den Bezirken, in welchen die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Aber nicht nur, daß jeder Pfennig Lohnerhöhung durch langandauernde Streiks erkämpft werden mußte, wodurch die finanziellen Mittel des Verbandes auf das äußerste in Anspruch genommen wurden, suchten die Unternehmer das Drängen der Tabakarbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein durch Aussperrungen abzuwehren. So sind seit 5 Wochen 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Gießen ausgesperrt und verlangen die Unternehmer nichts Geringeres, als den Austritt der Ausgesperrten aus dem Verband der Tabakarbeiter. Preisgabe der Organisation, welche allein in der Lage ist, den ungeheuren Schaden, den die Zollgesetzgebung der Arbeiterschaft der Tabakindustrie gebracht hat, einigermaßen herabzumindern, verlangt das Unternehmertum.

Neben dieser Aussperrung hat der Verband noch in 15 Orten Kämpfe zu führen und ist das Verlangen des Vorstandes, hierbei von der gesamten organisierten Arbeiterschaft unterstützt zu werden deshalb durchaus berechtigt.

Nachdem die Mehrheit der Vorstände der Zentralverbände der Ausschreibung einer Sammlung zugestimmt hat, richten wir an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der im Kampfe befindlichen Tabakarbeiter leisten zu wollen.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

Adresse: H. Kube, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 IV.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt" quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Mit Gruß

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Berlin, 11. Juli 1907.

Sammellisten werden von der Generalkommission nicht ausgegeben. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen gemäß den für die einzelnen Organisationen getroffenen Bestimmungen zu organisieren und wo dies notwendig ist, selbst Sammellisten herauszugeben.

An die
Parteigenossen des Fürstentums Lübeck!

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum Lübeck findet

am Sonntag, den 28. Juli 1907,
nachmittags 2 Uhr,

in **Seeretz** (Frähmkes Gasthof) statt.

Tagesordnung:

I. Bericht des Zentralvorstandes.
II. „ der Kontrollkommission.
III. „ „ Ortsvereine.
IV. „ von der Oldenburger Landeskonferenz.
V. Wahlen und Anträge zu den stattfindenden Parteitagen.
VI. Rückblick auf die verflossene Reichstagswahl. Ref.: Gen. Stelling-Lübeck.
VII. Wahlen.
VIII. Verschiedenes.

Die Generalversammlung ist öffentlich.

Die Vereine werden ersucht, die Delegiertenwahlen frühzeitig vornehmen zu wollen. Von der erfolgten Wahl ist dem Unterzeichneten sofort Mitteilung zu machen.

Der Zentralvorstand.
J. A. Heinr. Fick, Stockelsdorf.

Soziales und Parteileben.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung im Berliner Baugewerbe dauert unverändert fort. Die Situation ist für die Streikenden bezw. Ausgesperrten eine durchaus günstige. Eine zusammenfassende Darstellung über den Stand der Bewegung wurde in der letzten Generalversammlung der Maurer gegeben. Vom Verband der Baugeschäfte haben 84 Firmen die neuen Forderungen anerkannt und unterschrieben. Von den bisher abgeschlossenen Tarifverträgen sind 829 Verträge mit Maurern und Bauarbeitern und 665 mit Zimmerern abgeschlossen, das ergibt zusammen 1494.

Die Zahl der Arbeitswilligen hat zugenommen, wie folgt:

Es waren am	26. Juni	10. Juli	Zunahme
Akkordmauer	1227	1661	404
Wilde	1120	1358	238
	2347	2989	+ 642

Daß diese Zahlen stimmen, wird auch von seiten der Arbeitgeber bestätigt durch folgende Bekanntmachung in den bürgerlichen Zeitungen:

„Während am 7. Juli 2919 Arbeitswillige vorhanden waren, haben sich wieder annähernd 500 Mann gemeldet. Es stehen jetzt (10. Juli) an Arbeitswilligen auf den Bauten Groß-Berlins in Arbeit: 832 Maurer, 232 Zimmerer und 2339 Bauarbeiter. Die Zahl der Maurer hat sich in den letzten drei Tagen um 111, die der Zimmerer um 40 und die der Bauarbeiter um 332 vermehrt . . . ."

Die Maurer stellten fest, daß die Zahl der Arbeitswilligen sich um 642 vergrößert habe und der Verband der Baugeschäfte behauptet, daß er am 10. Juli 832 Maurer hatte. Darunter sind 400 Akkordmaurer und 400 alte, invalide Leute, Ausländer und sonstige Elemente. Es fehlen dem Unternehmerverband noch 10 000 bis 11 000 Maurer! 438 Bauten liegen still und 314 sind nur teilweise (mit 1358 Maurern) besetzt. 90 Bauten befinden sich unter Zwangsvollstreckung! War bis zum 1. Juli noch ein einigendes Band durch die gleiche Notlage für die Unternehmer vorhanden, so ist jetzt durch die aufgehobene Aussperrung große Uneinigkeit, Neid und Mißgunst hervorgerufen worden und die allgemeine Enttäuschung wird größer, je weniger es gelingt, die Ansprüche der einzelnen Mitglieder nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Hoffnung auf die Akkordmaurer ist eine vergebliche, diese können die Situation nicht wesentlich ändern. Man muß immer wieder daran erinnern, daß vor Beginn des Kampfes etwa 17 000 Maurer und 6700 Zimmerer in Berlin tätig waren. Von den Zimmerern arbeiten zurzeit zu den neuen Bedingungen 3583, das sind 53,5 Proz. der vorher Beschäftigten.

Bei den Maurern haben die 8½stündige Arbeitszeit 4739 organisierte und 662 auf Bauten, wo im Akkord gearbeitet wird oder wo der volle Tarif nicht anerkannt ist, zusammen also 5401 Maurer, das sind 32 Proz. der früher hier Beschäftigten.

Die Feststellungen der Organisation am 7. Juli haben folgendes Resultat ergeben:

Zu den neuen Bedingungen arbeiten:

Maurer vom Zentralverband	3960	5222
„ von der Freien Vereinigung . . .	984	
„ „ „ christlichen Organisation .	278	
Zimmerer vom Zentralverband	2170	3583
„ von der Freien Vereinigung . .	1413	
Bauarbeiter vom Zentralverband . . .	5487	5794
„ von der Freien Vereinigung	192	
„ „ „ christl. Organisation	115	
	Insgesamt	14599

Die Zahl der Streikenden ist wie folgt:

Maurer vom Zentralverband	3181	4197
„ von der Freien Vereinigung . . .	938	
„ „ „ christlichen Organisation .	78	
Zimmerer vom Zentralverband	807	1315
„ von der Freien Vereinigung . .	508	
Bauarbeiter vom Zentralverband . . .	3241	3664
„ von der Freien Vereinigung	358	
„ „ „ christl. Organisation	65	
	Insgesamt	9176

Diese Zahlen haben sich inzwischen schon wieder zu Gunsten der Streikenden verschoben. So sind bei den Zimmerern insgesamt nur noch 893 Streikende vorhanden, während 4233 zu den neuen Bedingungen arbeiten.

Von 2800 im Verbande organisierten Putzern stehen noch 249 im Streik, die übrigen sind nur auf Bauten beschäftigt, wo die neuen Forderungen bewilligt sind.

Das goldene Kreuz.

Roman von Karl Benzmer.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Götting erschauerte; er erhob sich matt.

„Wie schön hatte ich mir das Leben an Ihrer Seite ausgemalt, wie himmlisch schön!" sprach er mit vibrierender Stimme. „Ihr vernichtender Ausspruch gibt meinem Hoffen den Todesstoß, ich — ich — ich muß verzichten!"

Einen Augenblick vergrub er sein Gesicht in die Hände, dann hauchte er einen Kuß auf Antje's bleiche Stirn, und um eine schöne Illusion betrogen, verließ er wortlos die blütenreiche Stätte, an der er voll süßen Hoffens den Himmel gesucht.

Als Anna Giersdorf die Freundin trauernd im Wintergarten fand, wußte sie, daß an dieser Stätte zur Wahrheit geworden war, was sie befürchtet hatte. Mild tröstend schloß sie die Betrübte in ihre Arme, dann fuhren sie nach Hause.

* * *

Am nächsten Tage verließ der Bankier Götting die Vaterstadt unter dem Vorwande einer längst beschlossenen Reise in den Orient. Die öffentliche Meinung aber hatte für diesen überraschenden Fortgang ihre eigene Auslegung. Man flüsterte sich zu, die kleine auf dem gestrigen Gartenfest durch die schönsten Transparente gefeierte Fee vom Ostseestrande habe ihn abblitzen lassen, was jeder unbegreiflich fand! — —

32.

Im Hause des Peter Lebermann zu Gongitz wickelte sich das Leben langweilig und trübselig ab; nicht mehr mit dem frischen, lebendigen Hauch, der es immer umwoben, als die liebliche Antje wie Sonnenschein durch die Stuben gehuscht und die befruchtende Triebkraft der Wirtschaft gewesen war. Dem großen Ganzen fehlte das lichte Kolorit, das die Jugend gibt, wenn sie mit dem vollen Flügelschlage der Kindesliebe das Alter stützt. An allen Ecken und Enden fehlte Antje, die das ganze Dorf vergötterte; es war, als ob sich mit ihrem Fortgange ein Schatten auf Lebermanns Haus gelegt habe; allezeit war sie in jeder Familie ein gern gesehener Gast gewesen

Man grollte Mariek, daß sie um einen so erbärmlichen Wicht, wie den Niclas Bradhering, herzlos ihr Kind verleugnet hatte, denn an einen Besuch Antje's in Lübeck glaubte niemand mehr. Herzliche Teilnahme aber zollte man dem Peter, der ja mit abgöttischer Liebe an seinem Mädchen hing. Ihm selber drückte die Sehnsucht nach seinem Kinde fast das Herz ab; kein Genügen mehr fand er an der liebgewordenen Tagesarbeit, selbst seiner liebsten Beschäftigung hatte er entsagt; er stach mit seinen Netzen nicht mehr in die See hinaus. Dieselben flatterten im Winde an den Trockenstangen, und seine Jolle, in der er mit seiner Antje so manchen Strauß erlebt hatte, lag umgestülpt am Meeresstrande.

Ob auch Frau Lebermann ein brennendes Verlangen nach ihrem Kinde trug, sie ließ es sich nicht merken und mühte sich, mit ihren Gefühlen fertig zu werden, so gut sie konnte, indem sie der freiwilligen Entfernung der Tochter den Schein gab, als ob es auf das dringende Bitten der Lübecker geschehen sei. Mit echtem Mutterstolz aber erzählte sie den anderen Weibern von Antje's Triumphen in der Großstadt und wußte dem Ding den Anstrich zu geben, als ob sie im besten Einvernehmen von ihr gegangen. Durch Grete Niemann wurden indes alle aufgeklärt, denn beide Frauen waren sich spinnefeind; wortlos hatte zwischen ihnen die Liebe der Kinder Groll und Haß erzeugt.

Im Bewußtsein ihrer Schuld stellte sich Frau Lebermann unbefangen; ihr Peter aber wußte, wie es in ihrem Innern aussah und daß sich hinter ihrer Unbefangenheit der brennende Gram verberge. In der Nacht, wenn Mariek ihn schlafend glaubte, vernahm er ihr Stöhnen und Wimmern; den Falten ihres bleichen Gesichts las er den Kummer und die schlaflosen Nächte ab. Ob es ihn auch jammerte, er fand Genugtuung an den Gewissensbissen seines Weibes, das mit einem einzigen Worte, zu guter Stunde gesprochen, seiner Tochter ein ganz unschätzbares Glück hätte schaffen können.

* * *

Eines Morgens saß Peter in Brüten vertieft auf seinem Sorgenstuhl und blies in seines Herzens Bitternis so dicke Rauchwolken aus seiner Pfeife in die Stube hinein, daß dieselbe bald voll Qualm stand. Da trat Mariek, übernächtigt und finsteren Angesichtes, herein und setzte sich neben ihn an den Frühstückstisch. Sie hustete fast zum Ersticken, denn schwer fiel ihr der scharfe Rauch des alten holländischen Knasters auf die Brust.

In Friedenszeiten hätte sie ihren Peter ob seiner Ungebühr tüchtig abgetrumpft, sie durfte es aber nicht mehr wagen, denn seit Antjes Flucht hatte er leider die Hosen an und er würde ihr gehörig heimgeleuchtet haben. Müde holte sie sich den Kaffee, wobei sich leise Antjes Name über ihre Lippen stahl. Peter erbebte, warf einen dicken Baff von sich und blickte ihr grollend ins Auge. Sich an ihrer Qual sättigend, sprach er hämisch:

„Hm, hm, hast von unserem Mädchen geträumt, nicht? Möchtest sie gern wiederhaben, die söte Deern, aber da hat 'ne Eule gesessen, und Du kannst lange warten. Wie sich das schmucke Ding wohl vollsaugt an Lust und Freude und Fröhlichkeit! Gelt, nachher wird ihr die Arbeit im Haus und im Feld schwerlich mehr behagen; ich gönns der Kleinen aber von ganzem Herzen und wer weiß, ob sie je wieder nach Gongitz kommt. Solch vornehmes Leben besticht und kitzelt den Sinn; na, meinetwegen mag sie bei Giersdorfs bleiben, so lang sie will, denn hier hat sie nur Gram und Leid!"

„So—o—o—, Peter?" hauchte Mariek gedehnt und eine Träne stieg ihr ins Auge. „Meinst nicht, daß ich mein Kind endlich wiederhaben möcht'? Hab' sie doch unter meinem Herzen getragen, und was soll sie länger in Lübeck, wo sie für das Leben verdorben wird, dem sie angehört? Weißt Du, ich hab' der Antje geschrieben, daß sie bald heimkomme; denk Dir, des reichen Kleppert Fritz, der den schönen Laden in der Stadt hat, freit um sie. Gestern, als ich einkaufte, hat er es mir eingestanden. Ist's nicht prächtig? Schnell muß das Mädchen heran!"

Ein rauhes Hohnlachen unterbrach Frau Marieks Vortrag; Peter war aus dem Häuschen, daß seine Frau trotz ihres Weh's schon wieder einen frischen Heiratsplan auf dem Stapel hatte. Auch ihm wäre das glänzende Angebot recht gewesen, da der Bewerber ein reicher, liebenswerter Jüngling war, aber er konnt's nicht fassen, daß seine Mariek, die doch sonst nicht auf den Kopf gefallen war, ihr eignes Kind so wenig kannte.

„Bist Du von Sinnen, Mutter?" loderte er zornig auf und warf seine glimmende Pfeife in eine Ecke der Stube. „Schon wieder hängst Du Dich an eine Heirat und weißt doch, warum Deine Tochter fortgelaufen ist?"

„Ich will ja nur ihr bestes, Peter."

„Hm, ja, Du bist gut, so lieb, daß unsere Antje schier daran verkümmert," höhnte der Alte mit ätzendem Spott. „Sieh, Du willst, und sie soll wie Du willst, und doch muß

Von 2750 Arbeitern der Gips- und Zementbranche, organisiert im Verbande, sind 544 in Mitleidenschaft gezogen.

Die Arbeiter können mit ihren bis jetzt errungenen Erfolgen zufrieden sein. Die Leitung wird bei der eingeschlagenen Taktik beharren und wachsam die Anstrengungen der Gegner, aus dem Auslande Arbeitswillige heranzuziehen, verfolgen. Man hat in sehr wirksamer Weise diesen Anstrengungen schon entgegengearbeitet und manchen Transport abgefangen oder die Anwerbung von Leuten vereitelt. Noch ist das Ende nicht abzusehen, aber es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß dieser Kampf wie der der Holzarbeiter mit einem Siege der Arbeiter enden wird.

Arbeiter, Bürger, Genossen! Am 25. Mai d. J. verlangten die in Gießen und Umgegend wohnenden und im Verband der Tabakindustriellen organisierten Zigarrenfabrikanten von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiterverbande mit der ausdrücklichen Erklärung, wer austritt, kann weiter arbeiten, wer nicht austritt, muß in 14 Tagen aufhören. Die Arbeiter und Arbeiterinnen blieben ihrer Organisation treu, darauf wurden am 5. Juni über 1000 Arbeiter ausgesperrt. Dieser brutale Gewaltakt muß von der gesamten Arbeiterschaft zurückgewiesen werden. Schon in die fünfte Woche tobt der Kampf der sehr reichen Zigarrenfabrikanten gegen die organisierten Tabakarbeiter, welche um ihr Koalitionsrecht kämpfen. Das Gießener Gewerkschaftskartell hat infolgedessen beschlossen, den Boykott über die Fabrikate der Gießener Tabak- und Zigarrenfabrikanten zu verhängen. Wir ersuchen deshalb unsere Genossen und Freunde, überall ein wachsames Auge zu haben und die Fabrikate jener unterdrückungs- und ausbeutungswütigen Fabrikanten zurückzuweisen. Folgende Firmen verlangen den Austritt aus dem „Deutschen Tabakarbeiter-Verbande" und sperrten die Arbeiter aus, weil diese es ablehnten, ihr Vereinigungsrecht preiszugeben:

L. Adermann (Sitz Gießen)
S. Bock u. Co. „ „
C. Emmelius „ „
L. Georgi „ „
Wh. Gail „ „
Wilh. Meyer „ „
J. Nattmann „ „
Gebr. Pletz „ „
Rinn u. Cloos (Sitz Heuchelheim
Gg. Schirmer (Sitz Gießen)
A. Windewald „ „
Fr. Egli „ „
B. Fieper „ „
J. Hahn Nachflgr. „ „
J. D. Haas (Sitz Dillenburg)
Arnold Müller (Sitz Gießen)
C. J. Roll „ „
Bürger (Sitz Braven, Westf.)
L. Schertz (Sitz Gießen.)

Die Firmen Wh. Gail (Gießen), J. D. Haas (Dillenburg) und Gg. Schirmer (Gießen) führen außer Zigarren auch Rauch- und Kautabak, worauf besonders zu achten ist.

Arbeiter! Bürger! Genossen! Wir erwarten von Euch die ratkräftigste Unterstützung, um einer Arbeiterschaft, die unter trostlosen Lohnverhältnissen frohnen muß, das Koalitionsrecht, die einzige Waffe des Arbeiters auf wirtschaftlichem Gebiete, unangetastet und uneingeschränkt erhalten zu können. Hoch das Koalitionsrecht!

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.
J. A.: H. Roll, Vorsitzender.

Gießen, den 8. Juli 1907.

Konsumvereine, Zigarrenladeninhaber, Gastwirte und Restaurateure werden besonders darauf aufmerksam gemacht.

Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen. Die Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen findet vom 19. bis 21. August in Mannheim statt. Als Tagesordnung ist in Aussicht genommen u. a.: Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten (Referent Albert Kohn-Berlin), Entwurf eines Reichsapothekengesetzes (Referent Apotheker Staller-Charlottenburg), Ausbildung der Kassenbeamten in der gesamten Arbeiterversicherung (Referent Gräf-Frankfurt a. M.), Anträge auf Abänderungen des Krankenkassengesetzes, auf Ausdehnung der Invalidenversicherungspflicht auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden des Gewerbes der Schneider und Schneiderinnen und auf Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes (Ausdehnung der Verpflichtung der Berufsgenossenschaften vom Tage des Unfalls ab einzutreten). Die Jahresversammlung hat demnach recht wichtige Fragen zu besprechen. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt es, daß dem Verband noch nicht angeschlossene Ortskrankenkassen das Versäumte nachholen.

Schwarze Listen gegen Kranke. Dem „Vorw." weht ein günstiger Wind folgenden „vertraulich" verbreiteten Fembrief der Berliner Fuhrherren-Innungs-Krankenkasse gegen 65 Kutscher, die das Unglück gehabt haben, krank zu sein, auf den Redaktionstisch:

Berlin SO., den 6. März 1907.

Fuhrherren-Innungs-Krankenkasse.
Vertraulich.

Geehrter Herr Kollege!

Gelegentlich der bevorstehenden Einstellung der Sprengwagenkutscher nehmen wir Veranlassung, Sie auf die Ausbeutung unserer Krankenkasse während der Wintermonate hinzuweisen. In der Regel arbeiten die Sprengwagenführer, meist invalide, alte Leute, bis zum Schluß der Sommerzeit, um sich dann umgehend auf Kosten der Kasse 26 Wochen lang ernähren zu lassen. Leider sind wir diesem Ausbeutungssystem gegenüber vollkommen machtlos, da es sich eben, wie vordem erwähnt, um Personen handelt, welche in Anbetracht ihres Alters krank und gesund sein können, je nachdem sich Arbeitsgelegenheit bietet. Unsere Absicht ist nun, durch beiliegende Liste dahin zu wirken, daß die auf derselben verzeichneten Leute bei der Einstellung, wenn irgend möglich, nicht mitberücksichtigt werden. Es sind hierdurch in der Kassenverwaltung unzweifelhaft große Ersparnisse zu erzielen, welche zur Verminderung der Lasten nicht unwesentlich beitragen würden.

Indem wir Sie bitten, unser Ersuchen unter Beachtung der vorstehend geschilderten Verhältnisse nach besten Kräften unterstützen und die Angelegenheit diskret behandeln zu wollen, zeichnen wir

mit Hochachtung
der Kassenvorstand
E. Beck, Vorsitzender.

Auf der Femliste hat der Herr Beck die Namen von 65 alten Arbeitern verzeichnet. Unzweifelhaft ist er diesen in vollem Umfang auf Grund des § 826 B. G.-B. schadenersatzpflichtig. Aber gibt es für den Staatsanwalt kein Mittel gegen diesen ungeheuerlichen Terrorismus vorzugehen?

Moderne Sklaverei. Was sich unorganisierte Handelsangestellte gefallen lassen müssen, davon bringt unser Frankfurter Parteiorgan ein Pröbchen. Im Grand Basar (Warenhaus Schmoller) zu Frankfurt a. M. mußten sich vor einigen Tagen, ehe sie die Geschäftsräume verlassen durften, sämtliche 300 Mädchen einer Leibesvisitation unterziehen. Mit aufgeknöpften Blusen und hochgerafften Röcken mußte eine nach der anderen antreten, worauf sie von zwei Aufsichtsdamen einer eingehenden Untersuchung unterzogen wurden. Anfänglich leistete sogar der Portier dabei Hilfsstellung; erst als sich einige Mädchen weigerten, in Gegenwart dieses Cerberus sich zu entkleiden, wurde seine Entfernung veranlaßt. Die Kontrolldamen nahmen ihr Amt sehr genau, sie visitierten den Mädchen nicht bloß die Taschen, sondern zogen ihnen auch die Strümpfe herunter, beklopften und befühlten die Unterhöschen, griffen in die Hemden hinein, um zu fühlen, ob hinter den Miedern keine Schätze verborgen seien und dergleichen mehr. Ein Beamter der Fabrik soll bei dieser herrlichen Prozedur, von den Mädchen ungesehen, hinter einem Guckfenster der Portierloge gestanden haben, er wollte offenbar zu gerne einmal sehen, wie die Mädchen ihre Strümpfe zu befestigen pflegen. Der Grund zu dieser empörenden Maßregel war ein äußerst nichtiger. Bei der Geschäftsleitung war ein anonymer Brief eingegangen, in dem ein Mädchen des Diebstahls bezichtigt wurde. Da die Direktion keine Anhaltspunkte darüber hatte, wer die Diebin sei, bestellte sie sämtliche weibliche Angestellte auf das Bureau, wo die Mädchen in der peinlichsten Weise untersucht wurden. Die Geschäftsleitung hat wohl auch schon gehörig Angst bekommen und das Unrechtmäßige ihrer Handlungsweise eingesehen; denn die Mädchen wurden am anderen Tage auf das Bureau bestellt, wo man sie mit einigen Entschuldigungsworten abzuspeisen suchte. Sie sind über die Sache derart aufgeregt, daß sie sich mit dieser Verlegenheitsentschuldigung nicht zufrieden geben, sondern in einer Betriebsbesprechung über geeignete Maßnahmen gegen diesen brutalen Akt Beschluß fassen werden.

Eine feine Submissionsblüte. Wie man sich in Halle bei Submissionen „einigt" wurde durch eine Privatklage des Obermeisters der Steinsetzerinnung, Reinitz, gegen den Steinsetzmeister Wegener vor dem Schöffengericht aufgedeckt. Als die Postverwaltung bei der Vergebung von Kabel- und Erdarbeiten fünf Meister und den Obermeister zur Submission herangezogen hatte, „verständigten" sich die Meister dahingehend: Der Obermeister gibt das niedrigste Angebot ab, die anderen fünf fordern höhere Beträge; der Obermeister erhält die Arbeit und zahlt jedem der höher Bietenden dafür eine „Entschädigung" von 300 Mk. Meister Wegener, der gar nicht berücksichtigt worden war, hatte das unlautere Manöver dem Telegraphen-Direktor hinterbracht und dabei gesagt, Reinitz habe auch ihm 500 Mk. geboten, damit er ihn nicht unterbiete. Dies war nicht richtig und Wegener wurde deshalb wegen Verleumdung mit 30 Mk. bestraft. Wegeners Verteidiger bezeichnete aber das Verfahren der Submittenten als Betrug. Die Postverwaltung sei dadurch übers Ohr gehauen worden und der Obermeister könnte ja selbst gegen sich Anzeige erstatten. Der Vertreter des Obermeisters meinte aber, das Verfahren bei Submissionen sei hier so „üblich".

Der internationale Tabakarbeiterkongreß beginnt am 11. August 1907, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause zu Stuttgart seine Beratungen. Folgende Punkte stehen u. a. auf der Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des internationalen Sekretärs. Berichterstattung der Vertrauensmänner und Delegierten der verschiedenen Länder. Regelung von gegenseitigen Pflichten und Rechten der angeschlossenen Mitglieder, welche sich nach einem anderen Land begeben, um zu arbeiten. Einführung von obligatorischen Unterstützungsbeiträgen bei Arbeitseinstellungen oder Ausschlüssen nach näher bezeichneten Regeln in allen Organisationen, welche dem internationalen Fonds beigetreten sind. Regelmäßige Antragung der Beiträge. Einführung einer jährlichen Berichterstattung. Folgende Länder werden auf dem Kongreß vertreten sein: Deutschland, England, Österreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und vermutlich auch Amerika.

Zum Arbeitersekretär in Erfurt wurde Genosse Schrader aus Hamburg, bisher Vorstandsmitglied des Schmiedeverbandes gewählt.

Von der preußischen Justiz. Dem „Vorw." entnehmen wir folgende Mitteilungen über das Benehmen eines preußischen Amtsrichters: Am 28. April d. J. kam der Stukkateur Alfred Bredschneider bei einer Flugblattverbreitung nach Teupitz. Eines seiner Flugblätter gab er in einer Stube ab, welche von der Polizeibehörde in Teupitz benutzt wird. Er erhielt deswegen ein Strafmandat über 30 Mk. wegen Übertretung des preußischen Preßgesetzes. Auf erhobenen Widerspruch hatte er am 27. Juni d. J. Termin vor dem Schöffengericht in Mittenwalde, der sich unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Stargardt etwa wie folgt abspielte. B. trat bei Aufruf der Sache vor den Richtertisch. Darauf der Amtsrichter Dr. Stargardt in scharfem Tone: „Wie heißen Sie?" B. nannte seinen Namen. Der Amtsrichter: „Wo wohnen Sie?" Angeklagter nannte seine Wohnung. „Halten Sie die Berufung aufrecht?" B.: „Jawohl." Darauf der Amtsrichter in noch schärferem Tone: „Dann gehen Sie sofort in die Anklagebank!" Als Bredschneider dies tat, fuhr der Amtsrichter fort: „Sie sind also der Stukkateur Alfred Bredschneider, wohnhaft in Charlottenburg," und dann in barschem Tone, „wann sind Sie geboren?" B.: „Am 4. 1. 78." Amtsrichter: „Am 4. März 78?" B.: „4. 1. 78." Amtsrichter: „Sie belieben wohl „ersten" schöner zu finden, als wie Januar zu sagen; bei mir heißt es Januar." Angeklagter: „Herr Amtsrichter, es ist doch allgemein Usus, daß man auch den Monat mit einer Zahl bezeichnet." Amtsrichter: „Es heißt bei mir aber Januar." B.: „Gut, dann heißt es Januar." Amtsrichter scharf: „Sind Sie verheiratet?" B.: „Jawohl." Amtsrichter lächelnd (der Amtsrichter ist getaufter Jude): „Welcher Religion sind Sie?" B.: „Evangelisch." Amtsrichter: „Mit wem sind Sie verheiratet?" B., der im Augenblick nicht wußte, was der Amtsrichter mit der Frage bezweckte, nachdem er ihm schon geantwortet hatte, daß er verheiratet sei, und dem durch den Kopf schoß, er habe vielleicht einen Formfehler gemacht, wie vorher bei der Beantwortung der Frage, wann er geboren sei, aufgeregt: „Herr Amtsrichter, ich weiß nicht, wie soll ich das verstehen?" Amtsrichter: „Herr Amtsanwalt!" Der Amtsanwalt erhebt sich und beantragt drei Tage Haft wegen Ungebühr. Der Amtsrichter, ohne dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich auf den Antrag des Amtsanwalts zu äußern, eilt ins Beratungszimmer, kommt nach einer halben Minute zurück und verkündet als den Beschluß des Gerichts: „Der Angeklagte ist wegen Ungebühr vor Gericht in eine sofort zu vollstreckende Strafe von drei Tagen Haft genommen. Bredschneider wurde sofort in das Gefängnis abgeführt. Sein Brief an seine Frau, der er seine Verhaftung mitteilte, wurde erst am folgenden Tage

---

sie damit leben und lieben, nicht Du. Schön, ich will es ihr schreiben, obwohl mir das Hantieren mit der Feder schon schwer wird. Du wirst's aber erleben, daß das Kind gar nicht wieder nach Haus kommt. Die Giersdorfs schulden ihr ja zu viel, halten sie so warm; danken sie doch ihr und Hindrick ein höchstes Glück! Na, heut noch will ich 'n Brief aufsetzen. Wir werdens ja erfahren, ob sie Ordre pariert."

„Du's, Vater, ihr furrt noch immer der Findling im Kopf herum," erwiderte Mariek erregt, „und die in Lübeck bestärken das ostermarsche Ding in ihrem Widerpart. Ich geb's aber nimmer zu, denn der Schlingel hat mich zu schwer gekränkt."

„Was hat er Dir getan, Mariek?" fragte Peter mit Nachdruck. „Die Zähne hat er Dir gezeigt, weil Du auf ihm rumreiten wolltest, und der kleinste Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Hindrick Niemann ist 'n ganzer Mann; weiß Gott, wo er den Stolz des vornehmen Herrn her hat. Willst Du von neuem Drachenzähne säen? Und das nennst Du Mutterliebe? Meinetwegen, stoße Dein Kind ganz von Dir, wenn mir's zu bunt wird, geh ich selber nach Lübeck, um sie zu sehen, so halt ich es nicht lang' mehr aus!"

Peter sprang auf und stieß den Sorgenstuhl weit von sich, dann stürmte er fort und trat in Niemanns Haus, wo er immer Trost fand.

Frau Lebermann vertiefte sich in Nachdenken.

„Mag Antje heiraten, wen sie will, nur nicht den Findling, der mich damals so schnöd' angelassen hat," dachte sie in ihrer Unversöhnlichkeit. „Förmlich versessen sind Niemanns auf die Mariage, weil sie nach der schönen Mitgift Verlangen tragen, aber nichts soll draus werden, und wenn sie sich auf den Kopf stellen!"

Obwohl Bravheit die Seele ihrer Handlungen war, der Haß machte sie blind gegen Peters Einreden und gegen ihres Kindes Wünsche. Sie spielte mit dem Feuer und erstickte in sich die edleren Regungen ihrer Seele. Wie anders die Eltern Niemanns, die der Zukunft vertrauend entgegensahen! Sie wußten, daß ihr Pflegesohn, wenn er aus Neu-Orleans heimkehre, sofort nach Lübeck eilen werde, um sein Liebchen zu begrüßen, und daß er, sobald er sein Schiffspatent bekommen, von Herrn Giersdorf auf ein eigenes Schiff gesetzt werde.

Wie Leib und Seele hing Peter Lebermann auf ihrer Seite; um die launischen Schrullen seiner Frau machte er sich gar keine Sorgen mehr. Grete Niemann empfing oft Briefe von Antje aus Lübeck; wie erwärmten sich die Alten an ihren Zeilen, die immer der Liebe und Hoffnung voll waren. Von den Ehren und Reichtümern, die sie um ihren Hin ausgeschlagen, schrieb das feinfühlige Mädchen nichts. Hätten's Hans und Grete gewußt, in ihrem Herzen wäre nicht Raum genug gewesen für die Fülle ihrer Liebe zu dem herrlichen Geschöpf!

33.

Wie die Windsbraut flog nach langem Hangen und Bangen eine Depesche in das Giersdorf'sche Haus, daß die „Antigone" wohlbehalten in den Hafen von Hull eingelaufen sei und daß Hindrick Niemann den Hamburger Postdampfer „Silesia" bestiegen habe, um nach Hamburg überzufahren; täglich konnte er anlangen. In wonnigen Schauern erbebte Antjes Herz, denn so nahe hätte sie sich ihrem schönsten Glücke nicht geglaubt. Um sie und in ihr ward es lichter Sonnenschein.

„Wie schade, Anna, daß mir hier mein laubiger Wald, der stumme Zeuge unserer heimlichen Liebe fehlt! Und meine Nachtigallen und Finken, die uns zugejubelt! Wie himmlischschön ist's doch im Buchenhain am blauenden Meer!" klagte Antje an der Brust der Freundin, den Hindricks Kommen weckte ihr Heimweh nach der Stätte ihres Jugendlebens.

„Zwar hast Du recht, Liebling," gab Anna lächelnd zurück, „hier aber hast Du die ungebundene Freiheit selbstbewußten Wollens und Handelns, unbehindert durch Hemmungen, die dem heimlichen Lieben den Stempel der Schuld aufprägen. Du solltest Dich glücklich preisen, daß Du Deinen Schatz sorglos und unbeargwohnt an Dein Herz schließen kannst."

„Tue ich auch, Anna; ich war nur albern und undankbar gegen des Geschickes Gunst; vergieb mir, Du Einzige! Zu sehr habt Ihr mich verzogen, und doch, wie soll ich vergelten, was Ihr an mir getan?" hauchte Antje, und unstät haftete ihr Auge auf der Portiere, als ob er jeden Augenblick eintreten werde, der herzliebe Junge.

* * *

Endlich war Hindrick Niemann da! Wohlgemut und doch gepreßten Herzens ob des gediegenen Glanzes, der seinem Auge in dieser fast fürstlich eingerichteten Villa entgegentrat, betritt der Oberteuermann der „Antigone" das Vestibüle; wie schnellte ihm das Herz in die Höhe! Ein Diener in Livree wies ihm mit vornehmem Anstand den Weg in das Boudoir der Herrin, in welchem, ohne Vorahnung, daß Hindrick von Hamburg gekommen, Giersdorf, Anna und Antje beim Lunch saßen.

Unbefangen schritt der Seemann durch die lange Flucht glänzender Zimmer mit den vergoldeten Girandolen und schweren Trumeaus, sowie den echten Sammetportieren und Gardienen, die das Ganze magisch verdunkelten, bis zum Boudoir der Hausfrau; hier aber blieb er fast atemlos im Rahmen der Tür stehen und heftete das Auge flammend auf die liebliche Gruppe am Eßtisch. Dann stand er wie geblendet, wortlos, förmlich gebannt von dem Zauber, der ihn berückte.

Antje lachte das Herz vor Glück und Seligkeit. Ihre Lippen vibrierten vor Spannung; eine Blutwelle flog über ihr holdseliges Gesicht; sie wollte sich ihm an die Brust werfen, aber ihr war's, als ob eine unsichtbare Kraft sie an den Platz bannte; sie war sich nicht ihres Willens mächtig. Und als er so vor ihr stand, welche frappante Ähnlichkeit hatte er mit Karl Giersdorf! — Das war es vorwiegend, was sie erschütterte; unsagbare Angst preßte ihr die Brust zusammen; unstät flog ihr Blick von einem zum anderen.

Dann ein silberheller Freudenschrei von ihren Lippen, denn die Liebe hatte jede Besorgnis überwunden! — Mit rosig verklärtem Angesicht flog sie auf ihn zu; er aber rührte sich nicht vom Fleck. Gerade wie vor zwei Jahren im Walde von Gongitz bei dem ersten Liebesgeständnis stand er wie festgenagelt vor ihr, der befangene Jüngling! — War das seine Antje vom Strande? Seine einfache, todesmutige Antje, die einst gerungen hatte mit der brandenden See? — die das gelbe Band um die wuchtigen Garben geschlungen, deren goldige Halme in dichten Massen die scharfe Sense des Schnitters hingestreckt? — die im duftigen Wiesenheu um die Wette gearbeitet mit den Jungen und Mädchen von Gongitz? War das seine Braut, die da vor ihm stand, schön und strahlend wie Sonnengold?

Mit wonnigem Entzücken weidete sich Antje an dem Erstaunen des geliebten Mannes, in dessen Adern kein Leben zu pulsieren schien. Länger aber konnte sie sich nicht beherrschen. Laut aufjubelnd schlang sie die runden Arme um den nervigen Nacken des Hünen und drückte ihre kirschroten Lippen auf seinen bärtigen Mund. Morgenfrisch wie einst lachten ihn ihre lustigen Augen an; kein Traumbild war's, das seine Phantasie umgaukelte.

(Fortsetzung folgt.)

auf seine besondere Bitte abgeschickt, nachdem der Amtsrichter vorher erklärt hatte, daß er ihn nicht abschicke, weil ihm der Inhalt nicht passe. Sein Brief an einen Charlottenburger Genossen, in seiner Sache die erforderlichen Schritte zu tun, wurde überhaupt nicht abgeschickt. Der Amtsrichter Dr. Stargardt sagte zu dem Verhafteten, als er zur Revision ins Gefängnis kam: „Sehen Sie, das sind die Folgen davon, daß man sich von gewissen Leuten so verhetzen läßt." Abermalige Verhandlung der Sache fand am 11. Juli d. J. vor dem Amtsrichter Dr. Stargardt statt. B. ließ sich durch den Rechtsanwalt Dr. Herzfeld vertreten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wiederum zu einer Geldstrafe von 30 Mk., eventuell 6 Tagen Haft. Nicht das Urteil, das zweifellos von den oberen Instanzen wieder aufgehoben werden dürfte, ist das Auffälligste an den vorstehend geschilderten Verhandlungen, sondern die Auferlegung der Ordnungsstrafe und das Verhalten des Amtsrichters im Gefängnis. Die Auferlegung der Ordnungsstrafe, die Nichtabsendung des Briefes und die Äußerung, die sich der Amtsrichter im Gefängnis erlaubte, sind gesetzwidrige Handlungen. Dem Angeklagten ist keinerlei Gelegenheit gegeben, sich dagegen zu wehren, daß seine Antwort auf die in der Tat recht unverständliche Frage des Vorführenden keineswegs eine Ungebühr war. Das widerspricht aber dem Gesetz. Ebenso war die Nichtabsendung des Briefes, in dem um Rechtsbeistand gebeten wurde, dem Gesetz nicht konform. Der Angeklagte hat leider infolgedessen und da ihm unbekannt war, daß die Beschwerdefrist gegen die ungeheuerliche „Ordnungsstrafe" nur eine Woche beträgt, unterlassen, rechtzeitig die höhere Instanz gegen die ihm widerfahrene Unbill anrufen zu lassen. Noch weit über die besprochenen Gesetzwidrigkeiten hinaus geht das für den Charakter des Richters kennzeichnende Benehmen des Richters im Gefängnis. Gegen diese Ausnutzung äußerlicher Machtfülle hätte die vorgesetzte Behörde unbedingt einzuschreiten. Das gesamte Verhalten des Richters beweist, daß für die Ausübung seiner Tätigkeit weniger richtige Rechtsansichten als höchst unreife politische Erwägungen eine Rolle spielten. Reichsgesetzlicher Schutz der Angeklagten gegen derartige Rechtswidrigkeiten von Richtern ist im Interesse der Rechtspflege dringend notwendig.

Aus dem Gerichtssaal.

Sechs Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust wegen Vergehens gegen § 52 b des Krankenversicherungs-Gesetzes. Der Kanalbauunternehmer Jakob Becker aus Eschborn (Taunus) betrieb der Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. für die Jahre 1905–1907 ca. 200 Mk. Beiträge und Einzugsgelder. Nachdem alle Versuche (Zwangsbetreibung, Androhung der Anzeige usw.) vom Erfolg geblieben, wurde gegen Becker Anzeige wegen Vergehens gegen § 52 b des Krankenversicherungsgesetzes erstattet. Obwohl derselbe behauptete, nur für einige Monate seinen Arbeitern die naturalischen Beiträge vom Lohne in Abzug gebracht zu haben, wurde Becker am 2. Juli 1907 wegen Vergehens gegen § 52 b des Krankenversicherungsgesetzes von der Strafkammer in Frankfurt a. M. zu 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Becker war im Jahre 1904 wegen dieser und ähnlicher Delikte von den Strafkammern zu Darmstadt und Frankfurt a. M. vorbestraft. Mit Ehrverlust wurde Becker jetzt bestraft, weil, wie im Urteil ausgeführt wurde, durch sein Verhalten ein zur Fürsorge für erkrankte Arbeiter errichtetes Institut geschädigt worden ist. Dieses Urteil wird zumal in den Kreisen derjenigen Bauunternehmer, welche die Ortskrankenkasse im Deutschen Reiche um viele tausende von Mark bisher geschädigt haben, doch etwas Aufsehen erregen und wird dazu dienen, diesen Herren einen gewissen bisher fehlenden Respekt vor den Strafbestimmungen des Kranken-Versicherungsgesetzes beizubringen.

Beleidigungsprozeß. Das Schöffengericht zu Hamm i. W. verurteilte den nationalliberalen Landtags-Abgeordneten Berndt zu 20 Mk. Geldstrafe, weil er in der Hitze des Wahlkampfes in einer Versammlung bei Besprechung der vom Abgeordneten Roeren gegen Trenburg angeschlagenen Tonart den Abgeordneten Erzberger einen Kolonialschänker genannt hat.

Verurteilte Gesetzeshüter. Wegen Fälschung wurde der Polizeikommissar von Seligenstadt, Main, zu einem Monat Gefängnis und der Polizeisergeant Kraushar wegen Beihilfe dazu zu sechs Wochen Gefängnis von der Strafkammer Dortmund verurteilt.

Auch ein Kämpe für Ordnung und Sitte. Vor dem Schwurgericht Nürnberg stand ein Dorfgewaltiger, der Bürgermeister Leistner von Niedereberbach, unter der Anklage der Notzucht und des Mordversuchs. Der 42jährige reiche Bauer hat im September v. J. seine 18jährige Dienstmagd Schemm auf einer Wiese zu Boden geworfen und unter schweren Drohungen ein Notzuchtsverbrechen an ihr verübt. In der Folge pflog er mit ihr noch häufig intimen Umgang. Als das Mädchen sich Mutter fühlte, wollte er sie überreden, seinen 15jährigen Sohn, der mit ihr noch nie etwas zu tun gehabt, als Vater anzugeben. Als sie sich dessen weigerte, faßte er den Plan, sie aus der Welt zu schaffen. Am 1. Februar, abends, schickte er sie auf den Scheunenboden, wo er kurz vorher heimlich das Scheunenloch geöffnet hatte, in der Hoffnung, sie werde herabstürzen und den Hals brechen; seine Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Am 7. Februar schickte er sie wieder auf den Scheunenboden, schlich sich ihr nach und bearbeitete ihren Kopf mit einem Beil, bis sie leblos war und warf sie dann aus einer Höhe von sieben Metern auf die Tenne hinab. Er glaubte, sie sei tot. Aber trotz ihrer lebensgefährlichen Verletzungen — es war u. a. der Hirnknochen gebrochen — wurde sie in verhältnismäßig kurzer Zeit geheilt. Das Verbrechen blieb sieben Wochen lang verschwiegen; L. suchte die Schemm durch Versprechungen zum Schweigen zu bewegen. Bezeichnend ist, daß er nach der Genesung der Schemm noch mehrmals geschlechtlich mit ihr verkehrte. Erst als der Stiefvater des Mädchens von der Sache erfuhr, erhielt das Gericht Kenntnis. Die Geschworenen erkannten lediglich auf Totschlagsversuch, worauf L. zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Eine ungeheuerlich milde Strafe!

Im Gefängnis.

Lange Wochen war ich schon in Berlin, im Winter war's, und all die langen Wochen hindurch war ich obdachlos und auch mittellos. Ein Tag verging mir wie der andere. Frühmorgens aus dem Asyl kommend, das weit draußen im Osten Berlins liegt, zog ich mit vielen anderen, gleich zerlumpten Gestalten wie ich, ins Innere Berlins, in die Herberge in der August- oder Oranienstraße, um dort noch eine kleine Weile in einem versteckten Winkel zu nicken. Nach neun Uhr trieb's mich gewöhnlich hinunter auf die Straßen des Berliner Geschäftsviertels. Mit Vorliebe suchte ich alle Kunsthandlungen auf und sah mich satt an den im Schaufenster ausgestellten Keramiken, Bronzen, Gemälden usw., die die Mode der Zeit auf den Markt brachtet. So vergaß ich den Hunger ganz. Vor Mittag noch ging ich gewöhnlich in die Lesehalle in der Münzstraße und las dort Bücher voll schwerer Weisheiten, daß oft das bedienende Fräulein mich erstaunt anlächelte, und auch — mitleidig. Mochte sie denken: ich sei ein Narr! Mit Gier und Genuß verschlang ich den meist philosophischen Lesestoff, die Schriften von Kant, Hegel, Schopenhauer und anderen. Bei diesem Lesen vergaß ich ganz die Sorge des Tages. Nachts in der elften Stunde erst verließ ich die Lesehalle und lief hinaus auf die Fröbelstraße ins Asyl, auf dessen harten, verwanzten Britschen ich noch oft die ganze Nacht wach saß, um bei trübem, flackerndem Gaslicht in einem kleinen zerrissenen Bande Schillergedichte, den ich mir einst unter lauter altem Papier und Lumpen stückweise herausgesucht hatte, zu lesen. Frühmorgens gab es, wie am Abend auch im Asyl eine Suppe aufgebrühten Roggenmehls und ein Stück schwarzes Brot. Die Suppe vermochte ich nicht zu essen, weil mir wie auch anderen passiert war, daß aus dem Löffel, mit dem ich achtlos essen wollte, zwei Wanzen fielen. Mir hatte das die Suppe für immer verekelt. Von dem Asylbrot und ein paar alten Schrippen, die ich tagsüber in Bäckerläden wohl noch erfocht, lebte ich den ganzen Tag. Manche Tage und zwei auch drei Tage hintereinander aß ich nichts, sondern trank nur Unmengen von Wasser.

So ein Leben mußte man gründlich satt bekommen, und deshalb kam es auch, daß mich eines Morgens auf der Herberge ein kleiner Leipziger bald dazu zu überreden wußte, „heimwärts" zu ziehen. Zwar stand ich gerade, als er mich auf seine gemütlich-faule Dialektart anredete, vor einer an der Wand hängenden Karte von Europa, mir den kürzesten Weg nach Rußland hinein suchend. Obwohl mich also im Augenblick zuvor der Gedanke beschäftigte, ins verlotterte Zarenreich zu walzen, wußte er doch diesen Plan bald so beredt zu zerstören, daß ich aber auch gleich auf der Stelle mit ihm die Herberge verließ, Berlin durchquerte und bei dem scheußlichsten Aprilwetter mit ihm auf einen Flecken, der acht bis zehn Stunden von Berlin lag, zustrebte. Wir erreichten ihn auch vorm Abende. Den andern Tag ging's weiter, immer der Heimat zu. In dem Städtchen, das wir am zweiten Abend erreichten, meldeten wir uns bei der Behörde obdachlos, weil keiner von uns Schlafgeld besaß. Und am andern Morgen saßen wir im Gefängnis, verdächtig des Bettelns und arbeitsscheuen Herumvagabondierens. Sonst ist es nicht üblich, sich obdachlos Meldenden kurzerhand einzusperren, aber wir waren gerade, wie es uns der Gefängniswächter lachend ins Gesicht sagte, zu der Zeit gekommen, da man fürs Gefängnis ein paar Mann zum Holzhacken benötigte.

Erst nach längerer Untersuchungshaft wurden wir abgeurteilt, aber zu Unrecht, denn auf keinen von uns war der Landstreicherparagraph nach seinem Wortlaut anzuwenden. Von meiner Verurteilung steht im Blättchen der Stadt zu lesen. Da heißt es in einer Aprilnummer ungefähr: Der Weber P. E., der Arbeiter A. K. und der Hausdiener „Albert Eichelbt", drei gute alte Bekannte des Gerichts, wurden zu je vier Wochen Haft verurteilt.

Die Erinnerungen an jene Zeit, in der ich diese Haftstrafe verbarte, sind für mich die unfreundlichsten meiner Jugend. Nicht etwa, daß ich damals über zu schlechte Behandlung zu klagen hätte oder gar geschlagen worden wäre, nein, im Gegenteil, der Inspektor des Gefängnisses war ein Beamter, der eine rühmenswerte Ausnahme machte. Meist sind Polizeibeamte gefühlsroher als der brutalste Pferdeknecht. Aber der war menschenfreundlich.

Als ein Brief, den ich meiner Mutter geschrieben hatte, durch seine Hände gegangen war, kam er sofort zu mir. „Mensch," sagte er zu mir, „wie kommen Sie nur hier herein, und überhaupt auf die Landstraße!?"

Ich erzählte ihm, warum ich gewandert war. Er verhöhnte mich nicht zynisch lachend, wie's oft andere getan, sondern er verstand mich ganz. Er bot alle Beredsamkeit auf, mir Mut für die Zukunft zu machen. Von seinem Freund erzählte er mir, der in der Jugendzeit mehrere Jahre im Gefängnisse gesessen hatte und der, so versicherte er mir sogar durch Handschlag, glücklicher Familienvater geworden war, ein gutes Einkommen und eine geachtete Stelle besaß. „Ach," rief er, mich anlachend und an den Schultern schüttelnd: „Sie können noch Bürgermeister werden. Um Brot bitten und paar Pfennige Geld und arbeitslos sein und durch Arbeitslosigkeit auf den Hund zu kommen, ist kein Verbrechen. . . . Das Leben ist immer wert, gelebt zu werden, auch unter Umständen mit einer bösen Vergangenheit, wie die meines Freundes. Sie sind, trotzdem Sie hier sitzen, ein ehrenwerter Kerl. Bürgermeister können Sie noch werden, versichere ich." Fest drückte er mir die Hand, als er von mir ging. Mit Bewunderung habe ich noch lange dagestanden, konnte es kaum fassen, daß auch ein Gefängnisbeamter so menschlich edel und liebevoll-eindringlich redete, denn ich hatte bisher nur solche mit anmaßend frechem und zugleich herrisch-lächerlichem Wesen kennen gelernt, deren gemeine Schnauzereien nur zu gut erkennen ließen, daß sie einmal auch Unteroffizier gewesen waren. Denn wie wenige sind, die die militärische Laufbahn als Mensch gehen.

Unser Wärter im Gefängnis war ein großmäuliges Kerlchen mit jungem, dummem Gesicht und tat, als seien wir alle zusammen dümmer denn er.

Das Gefängnisessen war ein Schweinefressen. Siebenmal in der Woche gab's Kartoffelbrei mit Reis, Erbsen, Bohnen, Reis, Erbsen, Bohnen usw. usw.

Auf dem kleinen, fast quadratischen, hochummauerten Hofe wurde tagsüber Holz gehackt und gesägt. Ich hatte hierbei Gelegenheit, die übrigen Insassen des Gefängnisses kennen zu lernen. Es waren alles Menschen, die während langer Strafzeiten halb Tier geworden waren. Ich meine nicht damit, daß ihr Charakter viehisch gesunken war, daß sie Bestien halb und nur noch halb Mensch waren, weil sie aufrecht auf zwei Beinen gingen. Ich vergleiche sie mit dem Tier darum, weil sie sich nicht bewußt waren, was Mensch sein heißt und alle Empfindung verloren hatten für die Peitschenhiebe, mit der die blinde Justiz auf sie niederknutete. Duldsam und blöde litten sie, nicht einmal winselnd, sogar — lächelnd noch. Auch kannten sie keine Hoffnung und keinen Glauben an ein Besserwerden. Sie waren zufrieden mit ihrem Los. Doch wer zufrieden ist unter der Knechtschaft des zurzeit herrschenden Regiments, unter dem er schuften und darben muß wie der Hund eines Lumpensammlers, der ist nur ein Tier.

So war unter uns ein Schuhmacher, dessen ich vor allen gedenke, wenn ich mich des Vergleichs eines „Zufriedenen" mit dem Tiere bediene. Als er zu zwei Jahren Arbeitshaus verurteilt worden war, tat er einen Luftsprung vor Freuden und trug den ganzen Tag ein überglückliches Gesicht zur Schau. Das Leben im Arbeitshause gefiel ihm offenbar zu sehr. Kein Wunder vielleicht, denn der Mann hatte in einem Zeitraume von 35 Jahren allein — 22 Jahre Haft im Arbeitshause verbüßt. Er war trotz seiner 60 Jahre wie ein Jüngling in seiner Haltung und in der Lebhaftigkeit seiner Bewegungen. Ich habe oft gegrübelt darüber, wie das nur möglich sein konnte. Gewiß nur, weil er das Leben als Arbeitshäusler als etwas Selbstverständliches hinnahm.

Dieses Menschenschicksal hatte für mich etwas Grausiges. Wenn ich den Mann, der von allen der lustigste war, seine komischen Faxen machen sah und sein tolles, ausgelassenes Lachen hörte, wurde mir das Entsetzliche des Gefängnislebens doppelt fühlbar. War ich nicht an einem Ort, der nur, wie jedes Gefängnis, dazu geschaffen schien, um in seinen Mauern heimtückisch eine Herde Menschen heranzubilden, die blöde allem freiheitlichen Bestreben zusieht, genau wie das durch Pfaffen verdummte Heer der heutigen Christengesellschaft. Alle Gefängnisse, gleichen sie nicht „Kirchen", in die man nur die Menschen mit Gewalt hineintreibt? Mir schien's so, und mir grauste das. Nicht einer von allen Gefängnisinsassen war empfänglich für die menschbefreienden Ideen der Sozialdemokratie. Sie lachten mich geringschätzig feixend aus, wenn ich von dem Wollen und Hoffen zu ihnen sprach, das mich beseelte und noch Millionen andere. Mit zäher Ausdauer suchte ich in ihnen das große Verlangen nach Freiheit, nach dem „Glück" zu wecken. Sie höhnten nur. „Freiheit! Freiheit! — Mumpitz! Mumpitz!" So schreiend, lachten sie über mich.

Das machte mir vor allem das Leben im Gefängnis zur Qual und dann noch der Zustand meiner Gesundheit. Ich konnte nicht tief Atem holen, ohne daß mir's in der Brust heftig stach. Beim Kartoffelschälen schleuderte plötzlich eines Morgens klatschend ein blutiger Eiterklumpen auf den Zementbelag der Zelle.

Ich hatte gerade im Stillen hoffnungsselig für mich geschwärmt. Und nun so urplötzlich, ohne daß ich's ahnte, dieses Hinklatschen zerfaulten Lungengewebes. Nie hatte ich Angst vor dem Tode gehabt und auch da nicht. Aber die Tränen liefen mir nur so über's Gesicht. Nicht Todesfurcht, nein Mitleid mit den Meinen, auch mit mir selbst, trieben sie mir aus den Lidern. Wie hofften Mutter und Bruder, wie hoffte ich selber auf mich und — dort auf dem Asphalt lag's und blickte mich wie ein grünes, neidisches Auge höhnisch an. Mit der letzten Träne stieg in mir ein ohnmächtiger Zorn auf. Zitternd und weinend schwur ich mir, einen aus der Gesellschaft der Staatsstützen mit in die Ewigkeit zu nehmen, falls ich merkte, daß ich bald stürbe. Ich schlug mit der Faust an die kalte, graue Wand und kniete verzweifelt nieder und betete wild: „Satan, wenn du bist, so gib mir Kraft zum Morden — Mordlust!"

Mir wurde es kalt über dem Kopf und schwer. Bis zum Abend blieb das so. Manchmal klapperten mir die Zähne und ich mußte lachen darüber und lachte ein Weilchen bis mein Lachen fast wie ein Meckern klang. Da wurde mir Angst vor mir selber.

Zu Mittag sperrte man an demselben Tage einen erst Eingelieferten zu mir. Der Mann schien mir jung und alt zugleich, so merkwürdig war sein bartloses Gesicht. Er tat scheu zu mir und sprach zu mir kein Wort. „Was ist mit dir los?" fragte ich.

Er lachte. „Geköpft werde ich. Ich bin ausgerissen. Hier haben sie mich schlafend erwischt." Er schwieg lange und ward unruhiger mit jedem Augenblicke. Der Schweiß preßte aus seinen Poren und stöhnend warf er sich mit dem Rücken an die Wand und redete, als ob er sich vor Geschworenen verteidigte. Dann erzählte er mir anscheinend ruhig, daß er in Dresden eine ganze Familie ermordet habe und schilderte anschaulich alle Einzelheiten der Tat. „Das Schrecklichste ist," sagte er, sich frierend schüttelnd, „nicht, daß ich geköpft werde, sondern daß ich auf die Akademie komme, dort gepökelt werde und dann bei Gelegenheit zerstückelt." Wieder brach ihm im Gesicht dicker Schweiß aus. Zu Mittag schob er mir sein Essen zu: „Kannst's essen, wenn du willst!" „Ach," lachte er grimmig, „du frißt's nicht, nicht wahr, dich widert's an, die Henkersmahlzeit?"

Ich dachte wirklich, vor mir sei ein Mörder, stak ich doch übrigens noch in der Zelle für schwere Verbrecher. Aber meine Scheu vor dem Manne wich, als ich ihn so sah, zitternd vor der Zukunft, vor dem grausamen Ende, schweißbedeckt und kraftlos in sich gesunken. Der großen Christusworte: „Seid Brüder untereinander!" erinnerte ich mich, und um dem Mann sehen zu lassen, daß ich ihn nicht verachte, aß ich sein Essen. Wortlos sah er zu, dann als ich fertig war, sagte er: „Hat's geschmeckt? . . . Pr . . . rr . . . r! Weißt du, was du gefressen hast? . . . Ich bin ein Mörder, ein Mörder . . . Hu—u!" Ich ließ die Matratze herunter, auf die er sich wimmernd legte.

Der Mann war, wie ich bald erfuhr, kein Mörder, sondern ein deliriumkranker Säufer, den Wahnvorstellungen verfolgten und der sich für einen Mörder hielt. Die durchlebten Stunden mit dem Bedauernswerten leben oft auf in meinen Erinnerungen. Wie fürchterlich kann der Alkohol eines Menschen Geist und Körper zerstören! Nie könnt ich unmäßig genießen von ihm, seitdem ich diesen Mann sah.

Noch eines Menschen will ich Erwähnung tun, eines schwindsüchtigen, langen, dürren Webers, der eben aus dem Krankenhaus entlassen war. Er merkte, wie schwer krank er war und ahnte sein baldiges Ende. Nie habe ich einen Menschen gefunden, der so von Todesfurcht geplagt wurde wie der. Sah man ihn zufällig an, schien er zu merken, daß man ihm seine törichte Angst ansehe, und er lachte, um fröhlich zu scheinen, was aussah, als werde er wahnsinnig. Nie vergeß ich die neidischen Worte und Blicke aus dem hohlen, grüngelben, faltigen Gesicht, als er einmal zu mir sagte, da ich ihn zu trösten suchte mit meinem Befinden: „Du, . . . du hast ja noch rote Backen." Und noch weniger vergeß ich eine Szene, die ich einst mittags belauschte. Der kranke Weber saß über seine gefüllte Essenschüssel gebeugt und hustete heftig direkt in die Schüssel hinein, wobei kleine Eiterpartikelchen mit hineinsprühten. Nachdem er ausgehustet hatte, rührte er das Essen eifrig um und — brachte es dann mir und bot's mir zu essen an, da er wußte, wie heißhungrig ich immer war. Ich konnte ihm nicht zürnen, sondern sein verbrecherisches Tun erschütterte mich derart, daß ich ihm zuliebe, weil er argwöhnisch im Türrahmen stehen blieb, einen Löffel voll nahm. Ich behielt's aber in den Backen und spuckte es aus, als er gegangen war.

Durch das Zusammensein mit solchen unglücklichen Menschen ward mir das Leben in diesem kleinstädtischen „fidelen" Gefängnis so verleidet, daß ich froh war, als ich es verließ — mit einem Transporteur, der überglücklich war, mit mir auf Staatskosten einen Ausflug nach Berlin machen zu können. Ich wurde ins Plötzensee Gefängnis und bald wiederum auf einige Wochen ins Stadtvogtei-Gefängnis übergeführt. Und warum? Weil ein weiser Herr Staatsanwalt gegen ein freisprechendes Urteil von früher her amtseifrig Berufung eingelegt hatte, denn — „Strafe muß sein."

Hans Eisold.

Aus Nah und Fern.

Wegen Unterschlagung von 130 000 Mk. verhaftet wurde auf telegraphisches Ersuchen der Berliner Kriminalpolizei durch den Amtsvorsteher von Rominten der Buchhalter Karl Leutloff, der seit vielen Jahren in einem Textilwaren-Engrosgeschäft in der Klosterstraße in Berlin in Stellung war. Er genoß das größte Vertrauen seines Chefs und führte speziell die recht bedeutende Wechselkladdе. Am 1. Juli. d. J. gab er die Stellung auf und reiste, wie sich nachträglich herausstellte, am 6. mit seiner Wirtschafterin Elisabeth Klein von Berlin fort. Sein Nachfolger in der Stellung merkte nach einigen Tagen, daß die Buchführung des Leutloff nicht in Ordnung war und veranlaßte den Chef des Hauses, eine Prüfung der Bücher vornehmen zu lassen. Dabei stellte sich heraus, daß Leutloff seit Jahren Wechsel

die in seine Hände kamen, zum Teil für sich einkassierte und, um dies zu verdecken, sich bei seinen Eintragungen Fälschungen zu Schulden kommen ließ. Auf diese Weise hat er, soweit bisher feststeht, gegen 135 000 Mk. veruntreut. Er dürfte sich noch im Besitz erheblicher Geldmittel befinden, da die Kriminalpolizei bereits feststellte, daß er ein Guthaben von mehreren tausend Mark bei der Depositenkasse einer Großbank hatte, das sofort gesperrt wurde. Wahrscheinlich dürfte er anderwärts noch weitere Beträge deponiert haben. Da Leutloff mit seiner Wirtschafterin in seiner Berliner Wohnung kein allzu luxuriöses Leben führte, so wird er über den Verbleib der fehlenden Summe noch Aufschluß zu geben haben. Als die Kriminalpolizei von den Unterschlagungen und der Abreise des Leutloff Kenntnis erhielt, mutmaßte sie, daß er sich nach der Heimat der Klein, einem Dörfchen bei Rominten, begeben haben dürfte, und ersuchte den Amtsvorsteher um schleunige Verhaftung beider Personen. Dies ist geglückt, als Leutloff mit der Klein gerade weiter reisen wollte. Beide wurden in das Amtsgerichtsgefängnis zu Goldap gebracht und sollen nächster Tage nach Berlin transportiert werden.

Die allerunterthänigsten Stadtverordneten und der obstinate Oberbürgermeister. Aus Homburg v. d. H. wurde unterm 9. Juli berichtet: „Die Stadtverordnetenversammlung sprach sich fast einmütig für die Beibehaltung der Automobilrennen aus, die jedoch womöglich vor den Beginn der Kurzeit gelegt werden sollen. Sie verurteilt in scharfen Worten das Vorgehen des früheren Oberbürgermeisters." Um diese Kundgebung der Herren Stadtväter richtig würdigen zu können, ist es notwendig, das „Vorgehen" des wegen seiner Offenheit getadelten Oberbürgermeisters Maaß zu prüfen. Er hatte im „Taunusboten", wie wir berichtet haben, festgestellt, „daß die städtischen Körperschaften Homburgs vom kaiserlichen Automobilklub gar nicht von dem Rennen benachrichtigt und wegen der Straßenbenutzung gefragt worden sind. Man erfuhr erst vom Rennen, als es zu spät war. Sonst hätte man rechtzeitig Stellung nehmen können gegen ein Unternehmen, welches auch bei Teilnahme des Kaisers der Stadt Homburg einen außerordentlichen, nie wieder gut zu machenden Schaden bringt. Die diesjährige Kur sei jedenfalls so geschädigt, daß nichts mehr sie zu einer guten machen könne. Der Oberbürgermeister fordert weiter in der Erklärung den Landrat auf, jede ähnliche Veranstaltung künftig fernzuhalten und den Kaiser über die Schädigung des Kurbades durch den Automobilsport aufzuklären." Inzwischen ist Oberbürgermeister Maaß aus seiner Stellung geschieden und als Beigeordneter nach Görlitz gegangen. Dort hat er es in einer Rede wiederum mit den Homburgern verdorben, indem er auf eine Ansprache erwiderte, er verzichte gern auf den Glanz in Homburg und das bißchen Flitter im Interesse einer gründlichen gediegenen Arbeit, wie sie ihm wohl schon an anderer Stelle, doch nicht in Homburg, vergönnt gewesen sei." Nun forderte man in der Homburger Stadtverordnetenversammlung, daß von dem bisherigen Gebrauch, die scheidenden Bürgermeister durch Anbringen ihres Bildnisses im Stadtverordnetensaale zu ehren, bei Herrn Maaß Abstand genommen werde. Zu einer Beschlußfassung ist es noch nicht gekommen.

Krieg im Frieden. Aus Kassel wird gemeldet: Während einer Felddienstübung des hiesigen Husarenregiments entlud sich der Karabiner des Husaren Thier. Der Schuß drang Thier in den Hals und verletzte ihn tödlich.

Risiko der Arbeit. Nach einer Meldung aus Beuthen (Oberschlesien) wurden in der Ferdinand-Grube nachts vier Grubenarbeiter durch einen frühzeitig losgegangenen Sprengschuß schwer verletzt.

Preußischer Polizeikampf gegen zwei Barbierbecken. Der „Vorw." teilt folgende, den preußischen Polizeibureaukratismus trefflich charakterisierende Geschichte mit: Einen hartnäckigen Kampf gegen zwei Barbierbecken führt die Polizei im 103. Polizeirevier in Berlin. In diesem Revier befindet sich Kochhannstraße 11 ein Barbiergeschäft. Von dem Inhaber dieses Geschäfts verlangte im vorigen Jahre die Polizei, er solle die beiden aushängenden Barbierbecken, die 2,13 Meter hoch angebracht sind, in einer Höhe von drei Meter anbringen. Bellgardt, der Inhaber des Geschäfts, begab sich nach dem Revier, um dort mit dem Vorsteher Rücksprache zu nehmen. Nirgends seien die Barbierbecken so hoch angebracht, auch sein Vorgänger habe vier Jahre vor ihm in gleicher Höhe die beiden Becken hängen gehabt, und niemand habe Anstoß daran genommen. Alles aber half nichts. B. erhielt durch einen Schutzmann den Bescheid, entweder die Becken höher anzubringen oder abzunehmen. Da diese Becken aber gewissermaßen das Aushängeschild der Barbiere darstellen, entfernte B. diese nicht, konnte aber diese Abzeichen auch nicht gut höher anbringen, da er nervenleidend war und beim höheren Anbringen nur mit Gefahr seines Lebens diese abends hätte abnehmen können. Außerdem, behauptet B., stehe einem Höherhängen der Becken ein über seinem Geschäft befindlicher Balkon im Wege. Die Polizei fragte aber nicht nach diesen Einwänden, sondern schritt zu Gewaltmaßregeln; es hagelte Strafmandate. Das erste Strafmandat vom 29. September 1906 lautete auf 5 Mk. Geldstrafe, weil die Becken nur in Höhe von 2 bezw. 2,20 Meter angebracht waren. Ein zweites Strafmandat datiert vom 15. Januar 1907. Diesmal waren es schon 10 Mk., weil das Fahnenschild nur in Höhe von 2,13 Meter angebracht war. Eine dritte Strafverfügung trägt den 11. Februar 1907 als Datum und lautet auf 3 Mk., weil die Barbierbecken sich in einer Höhe von ungefähr 1,80 Mk. befänden. Am 7. Juni ergeht eine Verfügung, einen Kostenvorschuß von 30 Mk. an die Polizeikasse zu zahlen. Sehr genau hat es die Polizei mit dem Maße nicht genommen. Obwohl die Höhe der Becken nicht verändert worden ist, wird die Höhe in den einzelnen Strafverfügungen sehr verschieden angegeben. Daß durch diese fortwährenden Erschwerungen der Existenz ein kleiner Geschäftsmann zur Verzweiflung getrieben werden kann, ist erklärlich. B. hatte denn auch infolge der Aufregungen eine Heilanstalt aufsuchen müssen. Kürzlich ist er wieder zurückgekommen, aber der Kampf geht ruhig weiter. Nun wird gemeldet, daß Bellgardt einen Vergiftungsversuch mittels Cyankali unternommen hat und ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sturm und Hochwasser. Die Eisenbahndirektion meldet: Die Strecke Hirschberg-Oberröhrsdorf ist bei Kilometr. 1,25 infolge einer Dammrutschung infolge Hochwassers auf unbestimmte Zeit gesperrt. Güter nach dieser Strecke sind anzuhalten, rollende aufzuhalten und den Versendern zur Verfügung zu stellen. — Die Mulde ist in der Nacht über die Ufer getreten und hat weithin die Muldeauen überschwemmt. Der Schaden, der auf den Feldern angerichtet ist, ist außerordentlich groß. Die Ortschaft Hainichen steht vollständig unter Wasser. Das Wasser ist seit einigen Tagen um mehrere Meter gestiegen. — Sonntag wütete in Wien und Umgebung in Niederösterreich ein heftiger Orkan, bei welchem ein starker wolkenbruchartiger Regen niederging. Der Sturm richtete an zahlreichen Anlagen und Häusern bedeutenden Schaden an. Viele Bäume wurden entwurzelt, die Parkanlagen haben stark gelitten. In den Weingärten wurden viele Weinstöcke teils umgeworfen, teils entwurzelt. Bei Stadlau ist die Donau ausgetreten. Auch bei Nußdorf und Klosterneuburg sind viele Auen überschwemmt. Im Semmering und im Raxgebiet fiel Neuschnee, der bis ins Tal hinabliegt. Der Zahnradverkehr auf den Schneeberg mußte wegen des Sturmes eingestellt werden. Gestern ließ in Wien der Sturm nach. Der Regen dauert fort. Auch in fast ganz Böhmen herrschte Unwetter mit heftigem Sturm und Regen. Fast alle Flüsse sind stark gestiegen. Zahlreiche Holzbrücken und Stege sind fortgerissen. Aus Schlesien liegen ähnliche Nachrichten vor. Soweit bisher bekannt ist, sind keine Opfer an Menschenleben zu beklagen.

Ein Triumph der Luftschifftechnik. Zum ersten Mal nahm am Sonntag in Paris an einer Truppenschau ein lenkbares Luftschiff teil. Es war kurz vor neun Uhr, so lesen wir in einem Bericht des „Berliner Tageblatt" als sich in der Ferne hoch über dem Kirchturm von Meudon ein leichtes, kleines Wölkchen zeigte, wie ein gelblicher Fisch, der in blauen Lüften schwamm. „Voilà le dirigeable!" sagt ein Herr hinter mir, der wie ein Offizier in Zivil aussieht, und wenige Minuten später kann man die Form des Luftschiffs schon unterscheiden. Es beschreibt einen Bogen um den Kirchturm, nimmt dann die Richtung nach dem Felde von Longchamps, wo eben die Truppen am Präsidenten vorüber zu defilieren beginnen, und fährt mit ruhiger Geschwindigkeit heran, ohne auch nur einmal vom Kurse abzuweichen. Jetzt hat er die Reihe der „Aerostiers" erreicht, die Luftschifferabteilung, die einen Fesselballon in der Revue mitführt. Der Flug der „Patrie" wird langsamer. Gleichmäßig mit den Truppen auf dem Felde zieht der Riesenfisch hoch über die Ebene hin, macht über der kleinen Mühle links eine Schleife, fährt bis zur Hälfte den Weg zurück, wendet gegenüber der Präsidentenloge und fliegt schnurgerade zwischen Loge und Tribüne in einer Höhe von ungefähr dreihundert Metern über die Häupter der Zuschauer hinweg, um mit einer eleganten Wendung nach links abzuschwenken und dann rasch in der Richtung von Meudon zu verschwinden. Begeistertes Rufen, Hüteschwenken, Tücherwinken. Aber wohl nur wenige der Hunderttausende, die sich des Schauspiels im Sonnenschein erfreuen, denken daran, daß diese Maschine da oben für die Menschheit von ebenso großer Wichtigkeit werden kann als die erste Lokomotive oder das erste Dampfboot. Als die „Patrie" langsam zur Präsidentenbühne sich wendet und über unseren Köpfen hinwegzieht, habe ich die Möglichkeit, durch ein gutes Glas genau zu beobachten. Der Ballon ist länglich geformt, vorn breiter als am Hinterrande, aber mit einer scharfen Spitze versehen. Unter dem etwas abgeplatteten hinteren Ende, über dem kappenförmig drei Segelabschnitte in die Höhe stehen, ist die Steuerung befestigt in der Form eines länglichen Ruders, dessen hinterer Teil beweglich ist. Mehr nach vorn hängt unter dem Bauch des Ballons das Boot für die Mannschaft. Es ist scheinbar aus Stahl gefertigt und besteht aus zwei Teilen, die durch eine Art Brücke verbunden sind. An den Seiten drehen sich mit rasender Geschwindigkeit zwei Schaufelräder. Nach vorn hängt unter dem Ballon, etwas über dem Boot erhöht, eine längliche Vorrichtung, die wahrscheinlich zum Visieren bestimmt ist. Die Bemannung besteht aus vier Personen. Alle Manöver werden mit erstaunlicher Präzision ausgeführt. Dieser „Dirigeable" gehorcht dem Steuer wie ein gutes Boot. Er scheint keinen anderen Zufällen unterworfen als denen der Natur, denen alle Werke des Menschengeschlechts preisgegeben sind, und als er mit surrendem Rauschen über unsere Häupter hinweggleitet, fliegen mit ihm die Gedanken in eine neue Zeit der Wunder hinein.

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 15 000,—. Berliner diverse Beiträge 543,90. Baden-Baden, Wahlkreisbeitrag 1. Quartal 1907 31,55. Butzbach, C. K. 4,50. Bremen, sozialdemokratischer Verein 4683,—. Buxtehude, v. d. Alten durch Weber 2,—. Bern 50,—. Brandenburg-Westhavelland, Kreisorganisation 700,—. Bernburg, 2. anhaltischer Wahlkreis 102,—. Beuthen (Oberschlesien), Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz, Kreisorganisation 1. 1. 07 bis 30. 6. 07 50,—. Düsseldorf, durch P. B. 25,—. Düren-Jülich, Volksverein 12,—. Dresden-Land, 6. sächs. Reichstagswahlkreis 2000,—. Emden, Wahlverein des 1. hannoverschen Wahlkr. 1. und 2. Quartal 07 88,85. Falkenberg (Oberschl.) 3,—. Forst i. L., Kreisverein Sorau-Forst 150,—. Friedenau, E. B. 5,—. Grafenstaden, Wahlkreis Erstein-Molsheim, 2. Halbjahr 06 33,56. Grünsfeld i. Baden, Beitrag des 14. badischen Wahlkreises 10,—. Gumbinnen, Wahlkreis Insterburg-Gumbinnen, 4. Quartal 1906 16,50. Groß-Ottersleben, Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Wansleben, 1. Halbjahr 07 200,—. Gleiwitz, Sozialdemokratischer Verein, Beitrag für zwei Quartale 7,75. Hamburg, 1. Wahlkreis 6000,—. Hamburg, 2. Wahlkreis 5000,—. Hamburg, 3. Wahlkreis 18 000,—. Harburg, 17. hannov. Wahlkreis 4. Quartal 1906/07 487,02. Hannover, besonderer Beitrag des achten hannov. Wahlkr. 4000,—. Itzehoe, Sozialdemokr. Zentralwahlverein für den 5. schlesw.-holst. Wahlkr. 202,92. Köln a. Rh., Reg. W. 20,—. Kiel-Neumünster, 7. schlesw.-holst. Wahlkreis 1000,—. Kattowitz (Oberschl.), sozialdemokr. Verein, April—Juni 35,—. Königsberg-Land-Fischhausen, Wahlkr.-Beitrag bis Juni 07 73,50. Karlsruhe, 10. badischer Reichstagswahlkreis 200,—. Ludwigshafen, Gau Pfalz: 1. Wahlkreis Ludwigshafen a. R.-Speyer 376,53; 2. Wahlkreis Landa-Neustadt 75,51; 3. Wahlkreis Germersheim 16,35; 4. Wahlkreis Pirmasens-Zweibrücken 95,79. 5. Wahlkreis Homburg 4,44; 6. Wahlkreis Kaiserslautern 61,38. Luckenwalde, Rufus 5,—. Limmer, 9. hannov. Wahlkreis, 1. Halbjahr 1907 530,—. Leipzig, 13. sächsischer Reichstagswahlkreis 2000,—. Limbach i. S., Sozialdemokratischer Kreisverein für den 15. sächsischen Wahlkr. 400,—. Memel-Heydekrug, Wahlkreis v. 19. 2. bis 12. 5. 07 7,60. Magdeburg, Sozialdemokr. Verein, 2. Quartal 600,—. Minden-Lübecke, Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis, 3. Quartal 1906/07 142,45. München, Waldläufer 5,—. München-Au, Arche 3,—. Mariendorf, Überschuß der Fabrikausschußkasse der Fabrik Hintz 5,40. Nürnberg, Gau Nordbayern: 1. Wahlkreis Oberpfalz, Regensburg 21,15; 2. Wahlkreis Oberpfalz, Amberg 4,86; 2. Wahlkreis Oberfranken, Bayreuth 126,57; 4. Wahlkreis Oberfranken, Kronach 30,66; 3. Wahlkreis Mittelfranken, Ansbach 60,—; 4. Wahlkreis Mittelfranken, Eichstätt 10,29; 5. Wahlkreis Mittelfranken, Dinkelsbühl 13,47; 6. Wahlkreis Mittelfranken, Rothenburg 9,81: 5. Wahlkreis Unterfranken, Schweinfurt 47,52; Diverse 0,67. Nordhausen, Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Nordhausen, Grafschaft Hohenstein, 1. Quartal 07 131,83. Oberlangenbielau, Extrabeitrag a. d. Eulengebirge 100,—. Offenbach a. M., Landesorganisation des Großherzogtum Hessen 3062,25. Pößneck, 1. und 2. meiningischer Wahlkreis, 1. Quartal 07 232,40. Stettin, Provinz Pommern 1000,—. Sulz (Oberels.) Rückzahlung 7,—. Stargard i. P., 4. Quartal 06 und 1. Quartal 07 18,16. Überschuß der Fraktionskasse 7000,—. Vegesack, Sozialdem. Kreiswahlverein für den 18. hannov. Wahlkreis 180,30. Vorwärts-Buchhandlung 50,000,—. Wiesbaden, 2. nassauischer Wahlkr., 1. Qu. 07 127,28, Zeitz, Wahlkr. Zeitz-Weißenfels-Naumburg 1200.—.

In der Quittung über Eingänge im Monat November v. J. in Nr. 299 des „Vorwärts" vom 13. Dezember 1906 befindet sich unter München, F. E. Str.—l, ein Betrag von 51,— Mk. Diese 51,— Mk. sind gegeben vom Verein „Vorwärts" in Melbourne (Australien).

Berlin, den 9. Juli 1907.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Standesamtliche Nachrichten

vom 7. bis 13. Juli 1907.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

19. Juni. Arbeiter J. P. H. Steffen.

1. Juli. Zimmermeister A. M. Friedeborn. 2. Nieter F. W. J. Menzel. Kaufmann Chr. M. J. Dörr. Versicherungsbeamter E. A. Johnsen. Schlachter B. J. H. F. W. Mundt. 3. Arbeiter W. F. Höppner. 5. Tischler E. K. Meschonat. Arbeiter H. Paulun. Schutzmann J. G. F. W. Blanck. Geschäftsreisender K. J. J. Korf. Schlosser H. F. W. J. Schulz. 6. Hobelmeister J. A. Vahl. Maschinist J. H. A. Meyer. Aufwärter A. H. Muus. 7. Maler Ed. A. W. Liebich. Arbeiter E. J. H. Warnck. Schlosser C. J. F. Schnack. 8. Prokurist W. H. A. Bong-Schmidt. 9. Ober-Postschaffner J. J. H. Harms. Fuhrmann F. Chr. H. Gramckow. Barbier H. R. Ehlers. Bäcker Chr. F. C. Kempke. Töpfer L. M. H. Boldt. Kaufmann E. Platais. 10. Lehrer J. F. W. Mette. Arbeiter M. M. Sternberg. Arbeiter J. J. H. Burr. 11. Arbeiter J. H. E. Hein. 12. Schuhmachermeister P. H. Schümann. Kaufmann J. H. F. C. P. Wilcken.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

1. Juli. Bahnbeamter F. Chr. A. Heinke. Holländer G. H. H. Prehn (Padelügge). Werkmeister C. J. W. Rötzelmann. 2. Schneider F. E. Pieper. Tischlermeister C. F. E. H. Hintz. Maschinenbauer G. A. Chr. Koopmann. 3. Arbeiter Joh. J. A. Benn. Arbeiter H. J. Petersen. Kutscher C. H. F. Schröder. 4. Drogist Ad. G. Th. Kilwinski. Gastwirt Joh. H. R. Wachs. Arbeiter J. H. Wulff. 5. Bureaugehilfe C. F. W. M. Müller. Bahnarbeiter W. Joh. F. Schläfke. 6. Arbeiter C. L. R. Wilcken. Arbeiter H. Chr. F. Hoffmann. 7. Kaufmann H. L. C. Warkentin (Vorwerk). Klempner Joh. J. H. F. Vernimb. 8. Dr. med. Cl. J. Gosch. Arbeiter A. H. H. Etler. Arbeiter H. H. Joh. Westphal. Revisionsaufseher H. E. J. Köhler. 9. Tischler A. H. Tietz. 10. Holländer Joh. G. C. Brinker (Schönberg).

Angeordnete Aufgebote.

Juli 8. Lagerist F. J. Chr. Chr. Wolter in Hamburg und C. M. C. A. Eberleh. Postillon E. H. F. Ott und E. S. C. Kruse in Bülow. 9. Gärtner W. J. A. Timm in Schlutup und L. M. Warncke. Königlicher Regierungsbauführer K. W. H. Macke und B. J. E. H. Bethmann in Braunschweig. 10. Mechaniker J. H. H. Puls und M. M. Schräpler in Leipzig. Schlosser F. W. O. Vorholz in Berlin und M. D. E. J. Höppner. Revisionsaufseher K. H. Pries und H. H. Drevsen in Travemünde. Arbeiter W. C. J. Gerds in Gadebusch und Witwe A. M. A. Wulf geb. Jessel in Buchholz. Bureaugehilfe H. C. F. Schlichting und D. C. Basedow in Ahrensbök. Lagerist H. H. W. Kock und J. L. C. Sager. Arbeiter J. F. W. Reführ und A. W. C. Thies. Arbeiter J. J. H. Asmus und M. J. E. Benthien. 11. Elektro-Monteur O. A. M. Arand in Kiel und N. H. D. Gier in Oldenburg. Tischler C. P. Barts und M. M. Th. Knabe. Postschaffner J. J. A. Esemann und M. M. M. Grimm. Stationsarbeiter H. J. W. L. Esch und W. M. F. Radlof in Vorbeck. Handlungsgehilfe H. M. W. Bartels in Rendsburg und S. C. M. Gloyer in Neumünster. Telegraphenarbeiter A. L. Edmann in Lägerdorf und J. D. A. Schlüter in Gnissau. Schlachter K. O. Schwarz und H. S. K. Böttcher, beide in Groß-Grönau. 12. Bureauchef C. W. H. Wilcken und H. E. Fischer. Kaufmann A. Frank und E. Hammerschmidt. Photograph L. C. E. L. Niemann und B. E. A. Kruse. Zahntechniker W. J. B. Koch und M. M. Schwarz in Hadersleben.

Eheschließungen.

9. Juli. Geschäftsreisender W. Th. G. Hausmann und A. Schlei-Asmus. Ingenieur J. O. Unterlauf in Löbau und L. F. J. Tesch. Schutzmann M. W. E. Lantzsch und J. M. Ueckert. Bäcker Th. H. Voigt und G. J. F. Janzen. 10. Tischler A. H. F. Nießschmann und D. C. M. Kröger in Gothmund. Handlungsgehilfe H. W. D. Rectz und H. E. C. Kröger in Gothmund. Schlachter F. W. H. Luetgens und M. K. F. Mustin. Eisendreher A. J. F. Bernhard und M. Ch. D. Maack. 11. Kaufmann A. K. H. Richter in Helsingfors und F. M. J. Höppner. Kanzlist bei der Oberschulbehörde Th. F. J. Hadré und E. S. J. Brockmann. 12. Lotsenanwärter E. A. W. Petersen in Cuxhaven und E. R. W. Piepjung. Tischler F. H. Popp und F. D. K. Lanckau. Arbeiter A. H. F. Wigger und A. B. Klockmann. Schneider J. H. Bonn und M. M. A. Tews. Schlosser P. G. H. Behrens und W. M. H. D. Böttcher. Bahnarbeiter H. F. W. Grube und A. C. H. F. Traugott in Ratzeburg. Klempnergeselle R. O. Melzer und Witwe D. M. C. Schäfer geb. Fick. Weichensteller J. H. J. Carsten und J. F. M. Kardel. Schlosser R. F. W. Stormer und C. M. E. Tege. Arbeiter F. J. M. Apenburg und E. B. D. Baguhl. Lagermeister G. L. C. H. F. Schröder und F. R. Meyer. 13. Arbeiter E. E. F. W. Lienshöft und A. C. Kock in Grevesmühlen. Geschäftsreisender J. H. A. Ebel und F. S. H. J. W. Rebien. Arbeiter H. J. L. Moeller und F. J. C. Zellmann. Metallarbeiter C. A. H. Mathiessen und A. D. W. Oldenburg. Arbeiter K. J. Ch. Bössow und Witwe E. M. C. Jürs geborene Hack. Arbeiter L. C. A. Ultermarck und A. J. A. D. L. C. Schütz. Güterbodenarbeiter F. B. Süsse und E. D. S. Oldenburg. Maler H. F. W. Nordmann und M. M. A. E. S. Lünsmann. Arbeiter C. J. F. Clausen und geschiedene E. M. L. Petersen geborene Gerken. Arbeiter J. F. Grewing in Hemmelsdorf und C. L. Wohlgemuth.

Sterbefälle.

5. Juli. Ch. L. geb. Domerowski, Witwe des Ziegelmeisters L. Fenselau, 80 J. 7. H. E. F. Pichelmann, 11 M. M. geb. Buchner, Ehefrau des Architekten J. Baudrexel, 27 J. G. H. Spethmann, 20 T. 8. W. F. A. Langpap, 1 M. Ch. J. F. geb. Zinck, Witwe des (Beruf unbekannt) Ch. D. F. Schütt, 59 J. M. M. W. geb. Muuss, Witwe des (Beruf unbekannt) H. F. Schmidt, 85 J. D. M. C. geb. Both, Ehefrau des Lokomotivführers a. D. H. L. Borkenhagen, 73 J. 9. J. Th. H. geb. Markmann, Ehefrau des Arbeiters F. D. Freudenberg, 31 J. Briefträger a. D. J. H. Pümner, 81 J. (Schwartau). Kaufmann E. F. E. Th. Dohrn, 53 J. 10. M. S. J. geb. Schuldt, Ehefrau des Arbeiters F. J. O. Breiholz, 29 J. K. F. A. Fick, 5 M. H. Kurschus, 1 M. A. C. geb. Hordan, Ehefrau des Gendarmerie-Wachtmeisters F. F. J. Kliege, 39 J. (Selmsdorf). 11. H. M. A. M. Starke, 5 J. Lagermeister J. F. W. Eggers, 32 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Fuhrmann C. H. G. Gajau. 12. E. A. M. Rathsack, 2 J. 11 M.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.